

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

Nr. 47

Febr./März. 2010



- ★ Agenda 2010 – Fünf Jahre Hartz IV ★
- ★ Fritz Darges & der Glanz des Führers ★
- ★ Geflügelmast & Welthunger ★
- ★ Public Privat Partnership ★
- ★ 50 Jahre Ostermarsch ★

INHALT

Fünf Jahre Agenda 2010	
Hartz IV und der Landkreis Celle	3
Nachrichten	
Kreativ gegen Ostumgehung	4
Armutslöhne in Niedersachsen	
Für'n Appel und ,n Ei	5
Aktionen gegen Na(ht)zitreffen	
Jetzt den Druck erhöhen	6
„Laternengespräche“	
Hoch auf dem gelben Wa – ha - gen	8
Unsere Hühner fressen das Brot der Armen	
Landtag debattiert Fleischfabriken	10
Nachrichten mit Verfallsdatum	14
“celler hefte” / (Um-)Brüche	
Celler Lebensgeschichten im 20. Jahrhundert	17
Public Private Partnership	
Wer zieht hier wen über den Tisch?	18
Anmerkungen zum Adjutanten des Führers	
„Bitte nicht so blutig“	20
Gedenkstätte Bergen-Belsen	
Katalog zur neuen Ausstellung	23
Interview mit Niels Klaunick	
Die Rampe zum Publikum überschreiten	24
Zur Geschichte der Neuen sozialen Bewegungen	
Die „Geburt“ der Ostermärsche 1960	26
Termine KINO 8 1/2	30
Termine in Kultur & Politik	31

H
A
L
L
O



"sie wollen nichts von uns. wieso sollten sie auch? was können wir ihnen schon bieten ... alkoholfreies bier?"

Jake Sully in „Avatar“, jedenfalls in etwa
Eine Mehrheit der Menschen in den kapitalistischen Zentren scheint trotz Klimakatastrophe, Bankencrash & kriegführender Friedensnobelpreisträger der Auffassung, die Ökonomie der Verwertung des Werts habe ihnen mehr zu bieten, als ...

Ja – als was?

Wir liefern auch erstmal wieder nur Kritik und beschränken uns dabei – wie üblich – auf den Kram vor unserer Haustür.

Für Fragen der großen weiten Welt deshalb vielleicht ein Lesetipp:

Wer Gefallen an „theoretischen Texten“ findet, sollte sich mal an Slavoj Zizeks 2009 bei Suhrkamp erschienenes Buch „Auf verlorenem Posten“ machen: Zizek sieht in der ökologischen Herausforderung eine vielleicht einmalige Gelegenheit, sich auf die Idee der revolutionär-egalitären Gerechtigkeit zu besinnen. Das ist nicht nur „radikal“, d.h. an die Wurzeln gehend, sondern in manchem auch ein Lesevergnügen.

die Redaktion

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://mitglied.lycos.de/Revista/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Hartz IV und der Landkreis Celle

Nichts hat die deutsche Gesellschaft in den vergangenen Jahren mehr verändert als die Hartz IV-Gesetzgebung durch die damalige rot-grüne Bundesregierung. Die damit gesetzlich verordnete Armut hat die Gesellschaft tief gespalten. Sie hat nicht allein Millionen Menschen unter das Existenzminimum gedrückt, sondern auch den Niedriglohnsektor aufgebläht und Kinder aus Hartz-IV-Familien gänzlich ihrer Chancen beraubt. Immerhin hat die SPD ihre Quittung bekommen.

Die Betroffenen im Landkreis Celle waren von vornherein mit einer besonderen Konstruktion konfrontiert. Statt Leistungen – wie von rot-grün als Errungenschaft angekündigt – ihre Leistungen „aus einer Hand“ zu bekommen, sahen sie sich gleich mit zwei Institutionen konfrontiert: der für die Regelleistungen zuständigen Arbeitsagentur und dem für die „Kosten der Unterkunft“ zuständigen Landkreis. Im Alltag bedeutet dies bis heute eine für „Normalsterbliche“ kaum durchschaubare Bewilligungspraxis auf zwei Ebenen.

Gravierender aber ist bis heute: Der Landkreis setzt alles daran, auf dem Rücken der Betroffenen Kosten „zu sparen“. Seit fünf Jahren gibt es einen immerwährenden Streit darum, in welcher Höhe Wohn- und Heizkosten als „angemessen“ zu betrachten sind.

Bei der Miete stieg der Landkreis im Jahr 2005 mit Quadratmetermieten ein, für die es nicht die Spur einer akzeptablen Bemessungsgrundlage gab. Obwohl er vor dem Sozialgericht Lüneburg Prozess um Prozess verlor, erfolgte die unabdingbare Anpassung an die Richtwerte der Wohngeldtabelle erst, nachdem im März 2008 eine Klage gegen den Landkreis vor dem Landessozialgericht erfolgreich war. Hunderte von Betroffenen waren bis dahin gezwungen, umzuziehen oder die Deckung der entstehenden Mietlücke aus ihrem Regelsatz zu bestreiten. Eine Rückwirkung will man bis heute nur bis November 2007 zugestehen. Rund drei Millionen Euro dürften in den ersten drei Jahren so den Betroffenen entzogen worden sein.

Doch diese Anpassung an bundesweite Standards war nur von kurzer Dauer. Mit der Erstellung einer eigenen Mietwerttabelle setzt der Landkreis seit Frühjahr 2009 erneut darauf, die Standards der Wohngeldtabelle unterlaufen zu können. Erneut werden hunderte Betroffene zu Zwangsumzügen gedrängt. Erneut hat der Landkreis einige Eilverfahren vor dem Sozialgericht Lüneburg verloren – ohne Konsequenzen. Genau gesagt mit einer absolut irrwitzigen Konsequenz: Da ein verlorenes Verfahren sich auf eine Wohnung für einen Haushalt mit einer Person in Eschede bezog, darf in Eschede eine solche Wohnung jetzt mehr kosten als für einen Zwei-Personen-Haushalt. Das ist nachlesbar dokumentiert in

der jedem Bewilligungsbescheid beigelegten Tabelle. Verrückt? Ja – auf dem Rücken der Betroffenen. Und wer ist verantwortlich? Selbstverständlich Landrat Wiswe und der zuständige Erste Kreisrat Matthias Krüger. Die CDU/FDP-Kreistagsfraktion macht diesen Irrsinn bis heute mit.

Dass diese „Politik“ System hat, erweist sich bei der Heizkostenregelung. Auch hier gibt es von Beginn an einen Streit um die Angemessenheit. Mit einem eigenen Heizkostenberechnungsprogramm hat der Landkreis massenhaft Betroffene um die ihnen zustehenden Leistungen gebracht. Erst nachdem auch dieses Verfahren vor dem Sozialgericht keine substantielle Anerkennung fand, sondern im Gegenteil immer wieder zurückgewiesen wurde, stieg man im Herbst 2009 auf die vom Bundessozialgericht vorgegebene Orientierung am bundesweiten Heizkostenspiegel um. Bis dahin waren erneut hunderte Betroffene mit Heizkostenkürzungen überzogen worden.



Was der Landkreis Celle und die Verantwortlichen, Landrat Klaus Wiswe und Kreisrat Matthias Krüger, seit fünf Jahren auf Grundlage der Hartz IV-Gesetze treiben, hat Methode: Es geht ihnen und der CDU/FDP-Kreistagsmehrheit anscheinend darum, Betroffene um die ihnen zustehenden Leistungen zu bringen.

Für die Betroffenen hat dies Auswirkungen, die jedem Anspruch an Sozialpolitik Hohn sprechen: Durch die Zwangsumzüge werden sie und ihre Kinder aus vertrauten Umgebungen gerissen. Dadurch das ihnen Leistungen vorenthalten werden, müssen sie diese an anderer Stelle, also bei dem täglichen Bedarf absparen. Und was für die Deckung von Lücken bei den Miet- oder Heizkosten ausgegeben wird, kann eben nicht ein zweites Mal für die Förderung der Kinder ausgegeben werden. Dieser Skandal muss ein Ende finden und er muss Konsequenzen für die Verantwortlichen haben.

Arbeitsagentur sanktionswütig

Die Celler Arbeitsagentur hat sich im Vergleich einmal mehr als besonders sanktionswütig präsentiert. 488 langzeiterwerbslose Empfänger_innen von Hartz IV waren im Juli 2009 mit Leistungskürzungen bestraft worden. D.h.: ein Teil der Regelleistung bis hin zur kompletten Streichung der Leistungen für einen bestimmten Zeitraum war über sie verhängt worden. Bei insgesamt 11.888 "erwerbsfähigen Leistungsberechtigten" ergab sich dadurch eine Quote von 4,1 Prozent, womit die Celler Arbeitsagentur in Niedersachsen deutlich vorn liegt. Im niedersächsischen Durchschnitt beträgt diese Quote 2,4 %. Auf Celle folgen Schaumburg (3,9), Holzminden (3,8), Uelzen (3,5) und Friesland (3,4). Die Unterschiede sind beträchtlich, wie ein Blick auf Verden (1,2), Stadt Emden (1,5), Region Hannover (1,6), Wolfenbüttel (1,6) und Goslar (1,7) am unteren Ende zeigen.



Fonds statt Rechtsanspruch

Für viele Eltern(teile), die auf Hartz IV angewiesen sind, ist das in den Kindertagesstätten zu zahlende Essensgeld ein richtiges Problem. Das hat irgendwann auch die Kommunalpolitik mitbekommen. Vor zwei Jahren hatten die Bündnisgrünen mal einen ähnlichen Antrag gestellt, jetzt wollten Die Linke/BSG wie auch die CDU hier eine Teilbefreiung.

Zwar wollte die Verwaltungsspitze nicht wahr haben, dass es bedingt durch die niedrigen Hartz IV-Regelsätze ein Problem gibt. Aber: Da der Antrag aus den Reihen der CDU kam, ging am Ende doch was. Die Linke/BSG hatte beantragt, die Entgeltordnung zu ändern. Damit wäre eine Eindeutigkeit hergestellt - gewissermaßen ein Rechtsanspruch. Das aber soll es scheinbar nicht sein. Bewilligt wurde ein "Hilfsfond" mit 5000 Euro pro Jahr, d.h. für 2500 Essen oder eine "Vollsubventionierung" von vielleicht einem Dutzend Kindern. Mal sehen, welche Wirkung dieser Tropfen auf den heißen Stein entfaltet. Bekanntlich lebt in Celle jedes sechste Kind auf dem Niveau von Hartz IV. - Die Verwaltung argumentiert übrigens: Erwerbslose würden ihre Kinder nur halbtags betreuen lassen und seien deshalb nicht durch den Kita-Essenszuschuss belastet.

Kreativ gegen Ostumgehung

Dass Proteste gegen ein - nach Meinung der Celler Bürgerinitiative Im-Interesse-Aller e.V. - überflüssiges und gefährliches Straßenbauprojekt gleichermaßen sachlich fundiert und kreativ emotional sein können, zeigt die neue Kampagne gegen die im niedersächsischen Celle geplante Ostumgehung.

Unter dem Motto „Zweigeteilt? Niemals“ greifen die entworfenen Motive die zentralen Gründe gegen das umstrittene Straßenbauprojekt „Verlegung der B3“ auf: Die Linienführung durch das Überschwemmungsgebiet der Aller, die Abtrennung ganzer Stadtteile vom Zentrum, der befürchtete Verkehrslärm in Wohngebieten, der Verlust stadtnaher Erholungsgebiete, die Zerstörung seltener Lebensräume in der Aller- und Lachte-Aue (insbesondere der geschützten FFH-Gebiete = Flora-Fauna-Habitat: Richtlinie der Europäischen Union), die Gefährdung der historischen Ausgrabungsstätte der ca. 800-jährigen Vorgänger-Stadt „Tsellis“ und nicht zuletzt die deutliche Entwertung von Grundstücken und Häusern entlang der geplanten neuen Verkehrsader, die in Teilen mitten durch das jetzige Stadtgebiet führen soll.

Der erste Abschnitt des auf insgesamt ca. 122 Mio. Euro veranschlagten Projektes wurde im Sommer 2009 für den Verkehr freigegeben; der zweite ist bereits im Bau, obwohl derzeit noch ein Klageverfahren beim OVG Lüneburg anhängig ist. Für den besonders umstrittenen dritten (und mit 48 Mio. Euro teuersten) Bauabschnitt mit der Aller-Querung, den massiven Einschnitten in die Naturlandschaft und der Durchtrennung von Wohngebieten läuft zurzeit das Planfeststellungsverfahren. Die Widerspruchsfrist gegen die Planänderungen endete am 5.1.2010. Bereits jetzt geht man von einer Verteuerung um mind. 12 Mio. Euro für diesen 5,2 km langen Bauabschnitt aus.

Mehr Informationen unter: <http://www.im-interesse-aller.de/>



Für 'n Appel und 'n Ei!?

Der Niedriglohnsektor wächst. Zunehmend mehr Menschen sind nicht in der Lage, von ihrem Arbeitseinkommen selbständig zu leben. Über die Lage in Niedersachsen hat der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) im Juni 2009 eine Studie herausgegeben mit dem Titel „Für 'n Appel und 'n Ei!? Niedriglöhne in Niedersachsen“. Die kostenlose, 42 Seiten starke Broschüre wurde verfasst von Sozialwissenschaftlern des Instituts für Regionalforschung an der Universität Göttingen.

Im Land Niedersachsen leben knapp acht Millionen Menschen. Im Jahr 2007 waren 3,57 Millionen erwerbstätig. Davon waren knapp 2,9 Millionen lohnabhängig Beschäftigte; diese abhängig Beschäftigten gliederten sich in 1,9 Millionen Vollzeitkräfte, 0,454 Millionen Teilzeitkräfte und 0,51 Millionen Minijobber – in der Regel sind das 400 Euro-Jobs. Ferner arbeiteten 2008 in Niedersachsen 87000 Menschen als, eine Vervielfachung gegenüber dem Jahr 1996.

Die Göttinger Wissenschaftler arbeiten eine große Menge an statistischem Material auf. Sie konzentrieren dabei ihre Untersuchungen auf vier Branchen: das Hotel- und Gaststättengewerbe (hier sind 50 % der Beschäftigten Mini-Jobber_innen), das Bäckerhandwerk, das Wach- und Sicherheitsgewerbe sowie den Einzelhandel. Hier findet man Alles, was eine Kapitalistenseele sich so wünscht: niedrigste Tariflöhne – bis unter 7 Euro, kaum ein Flächentarifvertrag, Schwarzarbeit, Überstunden bis das Kreuz bricht, Tarifflucht ohne Ende, prekäre Arbeitsverhältnisse mit 4 bis 6 Euro, kaum organisierten Widerstand.

Das Fazit der Autoren: Jeder fünfte Beschäftigte in Niedersachsen – gut 20 % - arbeitet unter der Niedriglohnschwelle von 9,62 Euro brutto pro Stunde (die „Schwelle“ stammt von der OECD). Das sind etwa 600.000 Menschen – fast 70 % davon sind Frauen. Fast 30 % aller 2,9 Millionen Lohnabhängigen hatten 2007 ein monatliches Nettoeinkommen von unter 900 Euro.

Der DGB will mit der Broschüre die Kampagne für einen Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde stärken. Die Göttinger Autoren haben mit der Höhe

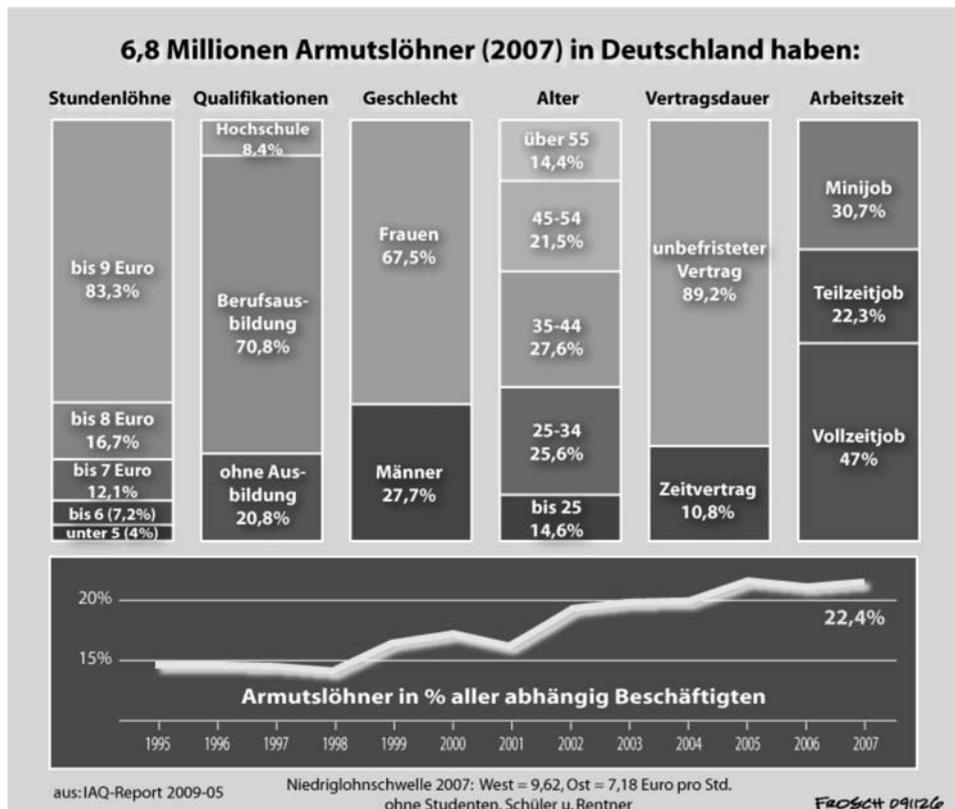
offenbar gewisse Bauchschmerzen, schließlich „schießt“ ihre komplette Broschüre ja auch gegen die Niedriglöhne. Ihr Schlusswort lautet von daher: „Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 7,50 Euro pro Stunde ist ein überfälliger Schritt, um der wachsenden Verteilungsungerechtigkeit und der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Für Millionen von Beschäftigten ist er gleichbedeutend mit einer großen Verbesserung der Einkommens- und Lebensbedingungen, auch wenn sie damit weiterhin zu Niedriglöhnen beschäftigt blieben. Insofern können 7,50 Euro nur den ersten entscheidenden Schritt auf dem Weg zum Rückbau des Niedriglohnsektors und zur Reetablierung existenzsichernder Löhne und Gehälter sein.“

Eine gute statistische „Darstellung“ der 6,8 Millionen Armutslöhne in Deutschland hat Wal Buchenberg am zusammengestellt, die wir hier abdrucken – etwas ähnliches für Niedersachsen fehlt leider in der Broschüre. So fällt z.B. auf, dass 70 % aller Niedriglöhner_innen eine Berufsausbildung haben und 67 % einen Vollzeitjob.

Die Studie gibt's zum kostenlosen download hier:

http://www.niedersachsen.dgb.de/pdf/studie_niedriglohne_niedersachsen_langfassung_juni2009.pdf

Grafik aus: http://www.marx-forum.de/diskussion/forum_entry.php?id=3460



Jetzt den Druck erhöhen

Am 19. Dezember 2009 war es wieder so weit: Auf dem Hof des Landwirts Joachim Nahtz in Eschede trafen sich rund 200 Nazis aus dem Kameradschaftsspektrum, um ihren halbjährlichen Brauch - das Feiern der Sonnenwendfeste - zu pflegen. Inzwischen sollte hinlänglich bekannt sein, dass es bei diesen Treffen um mehr geht, als die Pflege von Ritualen. Dort werden Kontakte geknüpft und verfestigt, es werden rechte Ideen propagiert und ausgelebt, und es werden leider auch immer wieder Kinder und Jugendliche in die rechte Szene eingebunden.

Diesmal gab es wieder eine Gegendemonstration. Nach der Erfahrung vom Sommer 2009 war es allen Akteur_innen klar, dass die Aktionen gegen die regelmäßigen Nazitreffen laut und wahrnehmbar sein müssen, und eine stationäre Kundgebung im Ortskern scheint den meisten eben nicht ausreichend.



Kleine Chronologie der Proteste:

2007: Nachdem sich zu den üblichen Treffen bei Nahtz nun auch eines der *Heimattreuen Deutschen Jugend* zu Pfingsten kam, wurde es einigen Eschedern zu bunt - besser zu braun - und es wurde vor Ort überlegt, wie man diesem Spuk ein Ende bereiten kann. Im Sommer 2007 wurde deshalb ein Johannisfeuer durchgeführt, bei dem Reden gegen diese unsäglichen Nazitreffen gehalten wurden. Auch ein Bündnis wurde gegründet – und damit gleich mal klar ist, dass der Feind nicht nur rechts steht, wurde es „*Gemeinsam gegen Extremismus*“ genannt.

Im Winter 2007 stellten sich anlässlich der Wintersonnenwendfeier gut 15 Personen aus dem Spektrum des *Celler Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus* an die Zufahrtsstraße zum Hof Nahtz. Rund eine Stunde hielten sie es in der Kälte aus, die Polizei war über die Spontanaktion nicht im Vorfeld informiert, duldeten sie aber. Einige Nazis kamen vom Hof, schauten sich die Kundgebung an und provozierten die Teilneh-

mer_innen. Es war Polizei vor Ort, und es kam zu keinen tätlichen Auseinandersetzungen. Ein Anliegen der Aktiven war, deutlich zu machen, dass Aktionen, bei denen der Protest von den Nazis wahrnehmbar ist, nötig und möglich sind.

2008 wurde anlässlich der Sommersonnenwendfeier von Seiten der Antifa Lüneburg/Uelzen und Celle eine Demonstration angemeldet. Im Vorfeld wurde viel Öffentlichkeitsarbeit geleistet, es wurden Informationszettel von Antifa und dem o.g. Forum weitflächig in Eschede verteilt, es wurden Veranstaltungen in Celle und Eschede, OT Scharnhorst durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass es ziemlich schwer ist, Escheder Bürger_innen dafür zu gewinnen, sich dem Protest anzuschließen. Das mag vielleicht auch mit an der Öffentlichkeitsarbeit der Celler Polizei gelegen haben, die ebenfalls Handzettel im Ort verteilte: Selbstverständlich wurde auf eine Gewaltbereitschaft nicht nur von den Nazis, sondern auch von den Gegendemonstrant_innen hingewiesen.

Vor Ort wurde bei jeder Gelegenheit betont, dass die Escheder_innen ihren eigenen Weg suchen und gehen wollten. Aber die rund 300 Demoteilnehmer_innen, unter denen nur wenige aus dem Ort waren, wollen durchaus auch ihren eigenen Weg gehen und nicht warten, ob in Eschede mal effektiv etwas gegen die Nazitreffen passiert.

Im Winter 2008: wieder eine Wintersonnenwendfeier in Eschede, wieder eine Gegendemonstration, angemeldet von Antifa. Abends dann noch eine Aktion des Escheder AK „*Gemeinsam gegen Extremismus*“ vor dem Bahnhof mit Ansprachen und Weihnachtsliedern.

Im Sommer 2009 dann mal eine neue Variante: Um mal den Unkenden, denen es nicht gefällt, dass die Antifa durch Eschede zieht und angeblich für „Unruhe“ sorgen würde, den Wind aus den Segeln zu nehmen und um mal zu schauen, was passiert, wenn Antifas keine Demo anmelden. Der DGB führte daraufhin in Kooperation mit dem Celler Forum eine Kundgebung durch, und einige Aktive aus Eschede haben am selben Ort im direkten Anschluss eine weitere Kundgebung durchgeführt.

Über das Jahr 2009 fanden weitere Aktionen statt. So wurde eine Gedenkveranstaltung für Peter Deutschmann durchgeführt, vom DGB und Celler Forum organisiert, mit Beteiligung von Eschedern und weiteren Aktiven aus dem Landkreis sowie Antifas. Anlass war der 10. Todestag von Peter Deutschmann, erschlagen in seiner Wohnung von zwei örtlichen Jungnazis.

Dass im Jahr 2009 der Widerstand durch Aktive aus dem Landkreis gestärkt wurde, ist dem engagierten und

großen Protest gegen Gerhus geschuldet. In Anbetracht eines evtl. entstehenden Nazischulungszentrums in Gerdehaus bei Fassberg hatte sich ein breiter bürgerlicher Widerstand gebildet. Den Aktiven dort war von vorneherein klar: Wir wollen keine Nazis in Gerdehaus und auch nicht anderswo. Also war es folgerichtig, dass sich die Menschen dem Protest gegen die Escheder Nazitreffen anschlossen. Das gab einen großen Schub, in dessen Folge Veranstaltungen in Eschede und Unterlüß stattfanden, zu denen erstaunlich viele Anwohner_innen kamen. Beim Konzert „*Eschede muckt auf*“ waren ca. 700 Besucher_innen, bei der Veranstaltung mit Andrea Röpke und Andreas Speit zum Thema „*Neonazis in Nadelstreifen*“ in Unterlüß waren gut 160 Besucher_innen. Im Herbst fand anlässlich des bei Nahtz zelebrierten Erntedankfestes eine von Escheder_innen angemeldete Gegenkundgebung statt. Und zur Überraschung vieler konnte diese in Sicht- und Hörweite der Nazis stattfinden, nämlich gegenüber der Zufahrt zum Hof von Bauern Nahtz, an der Hermannsburger Straße, Ecke Am Dornbusch. Und „erstaunlicherweise“ kam es auch bei dieser Veranstaltung, wie bei allen bisherigen auch, trotz Anwesenheit von Antifas und der damit ständig herbeigeredeten Gefahr von „Gewalt“ zu keinerlei tätlichen Auseinandersetzungen.

Im Dezember 2009 wurde wieder eine Gegendemo angemeldet, allerdings diesmal vom DGB. Trotz aller bisherigen guten Erfahrungen wurde zum wiederholten Male ein Gewaltzenario herbeiphantasiert und als Begründung für erhebliche Einschränkungen der Demoroute herangezogen. So musste die Demo wieder weit ab vom Ort des Nazigeschehens durch relativ leere Straßen ziehen, und es waren wieder sehr wenige Escheder_innen dabei. Wie im Vorjahr fand abends noch eine Veranstaltung des Escheder Arbeitskreises mit Reden, Weihnachtsgeschichte und Weihnachtsliedern statt. Dabei war vom örtlichen Pastor zu hören, dass der Protest in Eschede bunt, nicht braun und nicht rot sei ...

Wie soll's jetzt weiter gehen?

Ziel der Demos als Teil von Öffentlichkeitsarbeit und auch der anderen Aktionen und Veranstaltungen war es, die Menschen vor Ort zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Und es war und ist auch das Bestreben vieler Aktiven, ein breites Bündnis gegen die Nazitreffen auf die Beine zu stellen. Dass dies nicht von jetzt auf gleich geht, war klar. Aber es gestaltet sich doch recht schwierig. Durchaus positiv ist, dass sich in Eschede einiges getan hat. Besonders die Mahnwache gegen das Erntedankfest war eine gelungene Aktion, nicht nur wegen der Nähe zur Zufahrt der Nazis, sondern auch wegen der guten Zusammenarbeit der Aktiven aus Eschede, Hermannsburg, Fassberg, Celle und darüber hinaus. Dadurch, dass der Protest so nah bei der Zufahrt war, war es möglich zu beobachten, wie viele Kinder und Jugendliche zu solch einem Nazitreffen mitgebracht werden. Allein schon dies sorgte für große Empörung.

Aber auch das Konzert in Eschede „*Eschede muckt*

auf“ war ein Riesenerfolg. Sehr angenehm für diejenigen, die sich durchaus selbst als „links“ bezeichnen, war es, dass diese Aktionen sich klar gegen die Nazis richteten und nicht gegen die „*Feinde links und rechts*“. Aber die Strategen aus Eschede, die diese unsägliche Richtung verfolgen, sind halt immer noch aktiv, wie an dem o.g. Zitat sichtbar ist. Aber zum Glück gibt es auch andere!

Wie kann ein weiterer Plan aussehen?

Weiterhin Demos anmelden gegen die festen Termine bei Nahtz, Sonnenwendfeiern und Erntedank? Sicher können solche Treffen nicht unkommentiert und ohne Protest stattfinden. Immer wenn Nazis aktiv sind und sich zusammenfinden, muss unbedingt eine Gegenaktion stattfinden – aber das alleine führt sicher nicht dazu, dass diese Treffen ein Ende haben. Und das ist ja wohl das Ziel aller Proteste. Sicherlich können wir auf die „*biologische Lösung*“ warten, schließlich ist Nahtz nicht mehr der Jüngste. Aber eine politische Strategie ist das nun wirklich nicht. Bleibt also nur, ihm Steine in den Weg zu legen, wo es nur geht. Dazu müssen wir aber weiter Bündnisarbeit betreiben, damit z.B. die Kirche unter Druck gerät, die Verpachtung von Land an ihn nicht zu verlängern. Damit die Gemeinde unter Druck gerät, den Hof und die dortigen Veranstaltungen nach Umwelt- und Lärmbelastungen zu überprüfen, Verstöße gegen das Tierschutzgesetz zu ahnden. Und vor allem sollen die zuständigen Behörden zusehen, dass dort keine „*Kinderwohlgefährdung*“ (§ 8a KJHG) stattfindet.

Sicher sind das alles nicht unsere „Baustellen“, aber



ohne Druck von engagierten Bürger_innen und Antifas werden solche Themen gerne mal wieder vergessen.

Schön wäre, wenn der Druck so groß würde, dass Nahtz sich in Eschede einfach nicht wohlfühlen kann, solange er solche Treffen auf seinem Hof stattfinden lässt, wenn er also lieber seine Ruhe haben will, statt die Kameradschaftsszene auf seinem Hof. Er selber wird auf keinen Fall ein Anderer. Er ist Nazi und daran wird sich auch nichts mehr ändern. Aber er soll es lassen, logistische Aufbauhilfe für Vernetzung der rechten Szene zu leisten.

Eine Antifaschistin

Fotos von der Demo am 19.12.2009



Hoch auf dem gelben Wa - ha - gen!

Eine menschenleere Celler Innenstadt bei Nacht. Fünf Laternen stehen beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: Jetzt isser ja fast ein Jahr im Amt unser Supermen.de – und alle mögen ihn, oder?

Die Dicke: Bis auf die CZ und einige Stumpfe CDU'ler.

Der lange Lulatsch: Der große Kommunikator, unser Bill Clinton?

Klein Jonas: Wieso Clinton?

Der lange Lulatsch: Naja, nicht nur, weil er scheinbar Saxophon spielt wie der ehemalige US-Präsident. Der stand ja nach Bush senior zunächst auch für sowas wie Erneuerung und Zivilgesellschaft.

Oma Lilo: Aber mit viel Schein und wenig Sein. Wenn ihr euch erinnert, sein Motto: „Putting people first“.

Klein Jonas: Was heißt das?

Oma Lilo: Dass es Politik zuerst um die Menschen gehen sollte, dass ihre Interessen im Mittelpunkt stehen sollen.

Der lange Lulatsch: Wovon ja nicht viel übrig blieb beim Clinton. Im Mittelpunkt stand schnell die Haushaltssanierung. Auf der Strecke blieben „die Menschen“, weil die Staatsausgaben im Bereich Bildung und Armutsbekämpfung gekürzt und auf Investitionen im Bereich Umwelt verzichtet wurde.

Der Besserwisser: Und am NATO-Krieg gegen Jugoslawien war er ja – neben den europäischen Sozialdemokraten vom Schlage Schröder und Blair – auch nicht unwesentlich beteiligt.

Oma Lilo: Trotzdem war's ein Unterschied zu den Bushs.

Die Dicke: Wir waren bei Supermen.de, was soll der Vergleich mit Clinton? Ist das nicht ein bisschen hoch gegriffen?

Klein Jonas: Vor allem wissen wir gar nicht, was er auf dem Saxophon spielt – Weihnachtslieder oder Standards oder gar Free-Jazz.

Der lange Lulatsch: Mal abgesehen von dem Quatsch der Personifizierung von Politik – mit der Wahl von Supermen.de verband sich bei seinen Wähler_innen die Hoffnung auf einen Wandel: und sei es nur auf einen des Politikstils. Den haben sie auch bekommen. Ich kenne niemanden, der schlecht über ihn redet. Das verbindet sich aber eigentlich nur mit seiner Art zu kommunizieren, also Leuten das Gefühl zu geben, sie würden in ihren Interessen von ihm ernst genommen.

Der Besserwisser: Und im wirklichen Leben besteht der sozialdemokratische „Dritte Weg“ dann prognostizierbar wieder darin „zu sparen“, wie sie es nennen, wenn sie auf Kosten der Bedürfnisse der Mehrheit Haushaltssanierung betreiben.

Die Dicke: Für die leeren kommunalen Kassen können wir aber ja nicht Supermen.de verantwortlich machen.

Oma Lilo: Aber seine Partei hat in kleiner und großer Koalition in Berlin einiges dazu beigetragen.

Der Besserwisser: Die Frage ist: Was will Supermen.de? Was er gern als starke Entscheidung präsentiert, nämlich die Haushaltssperre im letzten Jahr, war in Wirklichkeit eher das Gegenteil. Denn selbstverständlich hat es mit „putting people first“ nichts zu tun, wenn keine qualitativen Entscheidungen getroffen werden, also entschieden wird, wo noch Geld ausgegeben werden darf und wo nicht mehr.

Die Dicke: Aber denkt daran: Er muss sein Amt ja unter der Bedingung einer CDU/FDP-Mehrheit ausüben.

Der lange Lulatsch: Mit dem erstaunlichen Ergebnis, dass gegen den Haushalt 2010 nur die LINKE/BSG gestimmt hat.

Der Besserwisser: Immerhin. Aber wie kommt diese Mehrheit zustande, die ja anscheinend „keine Parteien mehr“ kennt? An den Fundamenten der CDU/FDP-Politik wie der Fokussierung auf die Altstadt oder die Ostumgehung rüttelt niemand. Und selbst wenn es für die Celler Sozialdemokratie ja schon einiges an Überwindung gekostet haben dürfte, eine klitzekleine Erhöhung der Gewerbesteuer zu fordern - trotz Ablehnung durch die CDU/FDP müssen sie jetzt selbstverständlich „ihren“ Oberbürgermeister stützen.

Oma Lilo: Und warum meckert dann die CZ?

Die Dicke: Der Chefredakteur Ralf Leineweber sagt's ja ziemlich unumwunden: Supermen.de soll sich nicht nur für die Schwächeren einsetzen, sondern gefälligst beim Schützenumzug zum Hauptkönig in die Kutsche steigen.

Klein Jonas: Da will ich mitfahren!

Die Dicke: Aber der OB wollte es anscheinend nicht. Dass würde zeigen, so Leineweber, dass Supermen.de *„doch noch nicht angekommen ist in Celle“*.

Der lange Lulatsch: Nicht angekommen heißt ja scheinbar, dass das konservative Milieu – oder sagen wir: *„das alte Bürgertum“* noch nicht das Gefühl hat, dass Supermen.de nach ihrer Pfeife tanzt.

Der Besserwisser: So ist die wichtigste kommunalpolitische Frage 2010 also: Steigt er in die Kutsche oder nicht?

Der lange Lulatsch: Wahlentscheidend war ja wahrscheinlich das für Celle wichtiger werdende Segment von liberalem, gewissermaßen zivilgesellschaftlichem Bürgertum. Nur: Das hat kein gemeinsamen kommunalpolitisches Projekt; die pensionierten Oberstudienräte waren angesprochen von dem anderen Stil.

Die Dicke: Dazu gehört dann auch die Warnung vor einem neuen Vietnam in Afghanistan. Auf Käßmanns Spuren schwenkt er ein auf den Kurs, einen möglichst schnellen Abzug der Bundeswehr zu fordern. Um dann wiederum am Kundus-Massaker nur das anschließende „Kommunikationschaos“ zu kritisieren statt die wissentliche Inkaufnahme von zivilen Toten; das ist wieder Staatsräson pur.

Oma Lilo: Aber: Supermen.de's Katze heißt „Einstein“ – nach einem jüdischen Pazifisten, naja gut auch: deutschem Nobelpreisträger. Da liegt schon eine habituelle Differenz zum Schützenmitglied. Ich denke, er steigt nicht ein.

Der Besserwisser: Mein Tipp: Er ist im Urlaub oder krank. Viel Spaß, Frau Dr. Schmitt.



Landtag debattiert Fleischfabriken

Ende November 2009 gab es im niedersächsischen Landtag eine Debatte um den Zusammenhang von Fleischfabriken und Exportsubventionen einerseits und Armut und Welthunger andererseits. Ein Anknüpfungspunkt war der in Nordostniedersachsen bevorstehende massive Ausbau der Geflügelmast. Wir haben uns entschlossen, einen großen Teil der Debatte zu dokumentieren, weil: Die Redner_innen der Opposition nannten etliche gewichtige Argumente. Wir hoffen gleichzeitig, unsere Leser_innen nicht daran erinnern zu müssen, dass die Praxis dann wieder überall dort, wo die Parteien der Redner_innen an der Regierung sind, ganz anders aussieht. (Nebenbei: Die Position der lokalen SPD – für Schlachthof und Geflügelmast – ist nicht besonders kompatibel mit der Auffassung der Landtagsfraktion.)

Christian Meyer (GRÜNE):

Vor wenigen Tagen scheiterte in Rom der Welternährungs- oder- besser - Welthungergipfel kläglich. Das Ziel, die Zahl der Hungernden zu halbieren, wurde nicht nur verfehlt. Im Gegenteil, erstmalig wurde die Milliardengrenze überschritten. Noch nie haben so viele Menschen gehungert wie jetzt. Gleichzeitig leiden ebenso viele Menschen in den Industriestaaten an Übergewicht und krankmachender Fettleibigkeit. Ebenso hat die Landwirtschaft noch nie so viele Lebensmittel pro Kopf produziert wie jetzt.

Es fehlt einzig und allein der politische Wille, Armut und Unterernährung auszurotten. Die ökonomischen und technischen Fähigkeiten dazu hätten wir. Das sagte der aus Protest gegen diese Entwicklung in den Hungerstreik getretene Generalsekretär der Welternährungsorganisation FAO.

Was hat Niedersachsen damit zu tun? - Eine ganze Menge. Niedersachsen trägt als wichtiges Fleischexport- und -produktionsland für diese Entwicklung in der Welt eine erhebliche Mitverantwortung. Schon jetzt werden in Niedersachsen zweieinhalbmal so viele Schweine und dreimal so viele Hähnchen produziert, wie wir essen können. Diese

bekommen zu großen Teilen Importfutter, das auf Flächen angebaut wird, für die oftmals Regenwälder und Moore weichen mussten. Die Produktion von Grundnahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung wird in den Hungerländern vernachlässigt.

Im Klartext: Unsere Schweine, Rinder und Hühner fressen das Brot der Armen. Nur 47 % der weltweiten Getreideproduktion dienen noch direkt dem menschlichen Verzehr. Der Rest geht für Tierfutter, industrielle Rohstoffe und Abfall drauf.

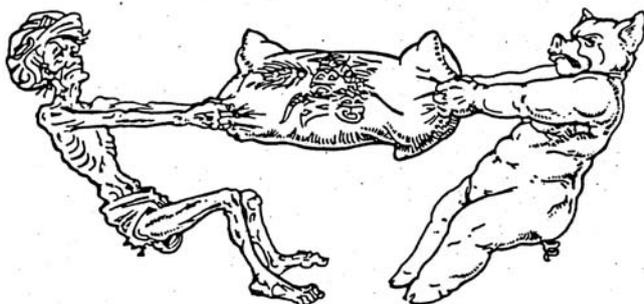
Nach dem Willen dieser Landesregierung sollen die nicht tierschutzgerechten Fleischfabriken in allen Landesteilen noch weiter wachsen. Die Überschussproduktion an Geflügelfleisch soll noch stärker ausgebaut werden. Im Landkreis Celle wird ein Riesenschlachthof mit einer Kapazität von 57 Millionen getöteten Tieren jährlich - das sind 1,1 Millionen pro Woche - gebaut. Mindestens 150 neue Großmastanlagen zu je 40 000 Hähnchen müssen im Umkreis von 150 km folgen, um diese subventionierte Fleischfabrik am Leben zu erhalten. [...]

Der Ausbau dieser Massentierhaltungsanlagen läuft eben nicht über den Markt - da wären veredelte Produkte nicht billiger als Rohprodukte -, sondern über massive Subventionen. [...] CDU und FDP haben die Wiedereinführung millionenschwerer Exportsubventionen immer begrüßt und fordern ständig neues Steuergeld für die Landwirtschaft, statt den Landwirten durch faire Preise wirklich zu helfen. Ein Beispiel für die Subventionitis von Fleisch ist, dass die Lufthansa 800 000 Euro Agrarsubventionen bekommt. Wofür? - Die Lufthansa bekommt immer dann, wenn sie mit ihren Hähnchensandwiches außerhalb der EU fliegt, EU-Exporterstattung. Ein pervernes System, das keinem Bauern hier und in den Entwicklungsländern hilft! [...]

CDU und FDP verschlimmern mit ihrem einseitigen Agrarlobbyismus für Geflügelbarone und Fleischproduktion das Welthungerproblem, sorgen durch die Abholzung von Regenwäldern und Mooren für unseren Futtermittelabbau für ein massives Artensterben und die Klimakatastrophe und rauben einer eigenständigen landwirtschaftlichen Entwicklung jede Überlebenschance.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch über die Reduzierung des Fleischkonsums reden. Der Klimaschützer und ehemalige Weltbankchef Nicholas Stern sagte vor ein paar Tagen in der *Times*. Fleisch essen wird bald ebenso verpönt sein, wie betrunken Auto zu fahren. - Neuere Studien zeigen, dass der übermäßige Fleischkonsum nicht nur zu Fehlernährung führt, sondern einer der schlimmsten Klimakiller ist. [...]

1Kg Fleisch »kostet« 7 kg Getreide



Karin Stief-Kreihe (SPD):

[...]Eine Kernaussage dieses [Weltagrar-]Berichtes lautet: Ertrags- und Produktionssteigerung per se ist nicht Schlüssel zur Bekämpfung von Hunger und Armut. Lebensmittel müssen da produziert werden, wo sie gebraucht werden. Der Selbstversorgungsgrad muss deutlich erhöht werden.

Die Befunde der Wissenschaftler werden bisher weitgehend ignoriert. „Weiter so wie bisher, aber mit erhöhter Schlagzahl“, war das Ergebnis des Welternährungsgipfels. Die zentrale Botschaft lautet: Zur Überwindung des Hungers muss die landwirtschaftliche Produktion bis 2050 um 70 % erhöht werden. - In zwei Wochen werden die gleichen Staatschefs auf dem Klimagipfel erklären, dass aus Klimaschutzgründen eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 80 % unvermeidlich ist. Landwirtschaft und Ernährung sind mit insgesamt etwa 40 % für Treibhausgasemissionen verantwortlich.

(Bernhard Busemann [CDU]: Wir können doch den Tieren das Pupsen nicht verbieten!)

Spätestens hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Die EU zahlt jährlich Milliardenbeträge an Exportsubventionen. Den Bauern auch hier in Niedersachsen wird vorgegaukelt, dass die Lösung ihrer Probleme auf den Weltmärkten liegt. In Wirklichkeit liegt der Fokus auf der Exportförderung für die Ernährungswirtschaft. In den Entwicklungsländern richten Exportsubventionen - darin sind sich eigentlich alle einig - großen Schaden an. Wir dürfen also gespannt sein, ob die EU zu ihrer Zusage steht, die Exportsubventionen bis zum Jahr 2013 auslaufen zu lassen. [...]

Meine Damen und Herren, wir wollen sicherlich nicht alle Vegetarier werden. (Zustimmung bei der CDU) Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der hohe Fleischkonsum in den Industrie- und Schwellenländern dazu führt, dass weltweit mehr als ein Drittel der Ackerfläche für die Futtermittelerzeugung bereitgestellt werden muss. Fast die Hälfte der weltweiten Getreideernte und 90 % der Sojabohnenerträge landen in den Futtertrögen. Für die Umwelt- und Klimaschäden zahlt der Steuerzahler. Trotzdem wird gerade in Niedersachsen - darauf hat auch der Kollege Meyer hingewiesen - unter dieser Landesregierung das Allheilmittel der niedersächsischen Landwirtschaft im weiteren Ausbau der Produktion, im Export gesehen, wie das jüngste Beispiel der Flächensuche für einen weiteren massiven Ausbau der Hähnchenmast zeigt. Dass man Landwirte damit zu Lohnabhängigen der Agrarindustrie macht, stört dabei wenig. Dass man damit ganzen Regionen Entwicklungsmöglichkeiten in anderen Bereichen nimmt, stört dabei ebenso wenig. Am allerwenigsten aber hilft man damit den hungernden Menschen dieser Welt. [...]

Clemens Große Macke (CDU):

[...] Die Frage, die wir uns stellen müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen, lautet doch: Welche Antworten gibt es auf diese Herausforderung? Die Parole der Grü-

**Every 3.6 seconds a person
dies of hunger
75%
of them are children**

nen kann doch nicht nur lauten: Fahrt die Fleischproduktion in Niedersachsen auf Null, stoppt die Exportsubventionen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ist dann die Armut besiegt, und ist dann jedes Kind satt geworden? Wenn das so einfach wäre, müssten wir es sofort tun, ohne Diskussion. Aber so einfach ist es nicht.

Lothar Willmitzer, Direktor des Max-Planck-Instituts in Potsdam, hat erklärt: Unter optimaler Ausnutzung aller Ressourcen können wir doppelt so viele Menschen ernähren, wie heute leben, aber nur, wenn die genetischen Ressourcen in der Züchtung entsprechend genutzt und Probleme wie die Versorgung mit Wasser und Düngemitteln optimal gelöst werden.

Meine Damen und Herren, kein Wort davon in den bisherigen Ausführungen meiner Kollegen, kein Wort von Krieg, Enteignung, Korruption! Sie sind die Brutstätte für Armut und Welthunger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Waffe in der Hand kann man den Acker nicht bestellen. Hunger ist immer auch dann die Folge, wenn das Wohl des einzelnen Menschen nicht mehr im Mittelpunkt steht, wenn es nicht um mehr Bildung, Nahrung und Energie geht. [...] Aber eines ist sicher: Ein fleischfreies Niedersachsen ist nicht die Lösung dieses Problems. [...]

Marianne König (LINKE):

[...] Jetzt ist globales Handeln gefordert, auch hier in Niedersachsen. Niedersachsen ist ein Flächenland, ein Agrarland und kann wichtige Punkte setzen. Ein aktuelles Beispiel, das eben schon genannt wurde, ist der Hähnchen-Highway an der A 7. In Verden ist eine Großmastanlage geplant. Das alles wird mit dem wachsenden Bedarf an Hähnchenfleisch begründet.

Seien Sie aber einmal ehrlich, meine Damen und Herren! Haben Sie in einem Einkaufsmarkt hier in unserem Land schon einmal gesehen, dass in der Gefriertruhe kein Geflügelfleisch war? Zeigen Sie mir den Wochenmarkt, auf dem es keinen Stand mit Geflügelfleisch gibt!

Die Ernährung mit Fleisch ist gesichert. Weitere An-

lagen, die Intensivierung der Produktion und die Marketingstrategien der Unternehmen werden zu Überschussproduktion führen, und Überschussproduktion bedeutet - das haben wir bei der Milch erlebt; wir haben es schon wieder vergessen - Preisverfall.

Fleischüberproduktion bedeutet auch den Import von Eiweißfutter aus armen Ländern. Wir nehmen diesen Ländern den Grund und Boden, den sie für den Anbau ihrer Lebensmittel brauchen, um sich selbst zu ernähren, und erzielen hier Überschüsse bis hin zu Abfällen, die wir nicht verwerten. Den Überschuss und diese Abfälle schieben wir dann mit Agrarsubventionen in die Schwellenländer und zerstören dort die Chancen der heimischen Landwirtschaft.

Exportsubventionierte Lebensmittel, auch aus Niedersachsen, bringen Menschen in Schwellenländern um Lohn und Brot. Die Grenzen des Wachstums bei der Fleischproduktion sind erreicht. Wir benötigen keinen weiteren Stallboom mehr. Wir müssen weltweit an unsere Umwelt denken, nicht nur in Niedersachsen. [...] Denn Hunger führt zu Unruhe, Vertreibung, Gewalt und Elend bis hin zur Piraterie vor Ostafrika. Frieden erreicht man nicht mit Waffengewalt. Voraussetzung für Frieden ist das Befrieden von Bedürfnissen, und Nahrung hat hierbei die höchste Priorität. [...]

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

[...] Ich sage sehr deutlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass der Selbstversorgungsgrad auch uns in Deutschland interessieren muss. Kollege Schönecke spricht das immer wieder an: In vielen Produktionsbereichen haben wir keinen Selbstversorgungsgrad von 100 %, sondern in diesem Bereich müssen wir nachlegen, weil in Deutschland mehr konsumiert wird, als wir selber produzieren. In diesem Bereich müssen wir investieren. Das tun clevere Unternehmerinnen und Unternehmer in Niedersachsen auch. Wir von CDU und FDP freuen uns darüber, wenn in Niedersachsen investiert wird. Wir freuen uns, wenn Arbeitsplätze geschaffen werden; denn das sichert viele Existenzen hier bei uns in Niedersachsen, meine Damen und Herren.

Herr Kollege Meyer, das Thema Energieproduktion haben Sie überhaupt nicht angesprochen. Wir in Niedersachsen und in Europa leisten es uns, die Energieproduktion auf Biomassebasis hochzufahren und auf Flächen Pflanzen anzubauen, auf denen genauso gut Nahrungsmittel angebaut werden könnten. Dazu sagen Sie kein Wort, Herr Kollege Meyer. Diesen Punkt müssen Sie aber mitbetrachten, wenn Sie diese Frage ehrlich behandeln und beantworten wollen. [...]

Im Landkreis Celle wird z.B. über die Ansiedlung der Schlachthanlage der Firma Rothkötter in Wietze diskutiert. Dort ist die Arbeitslosigkeit sehr hoch. Die Mehrheit vor Ort ist für die Ansiedlung des Schlachthofs und sagt, dass die Verhinderung der Ansiedlung ein historischer Fehler wäre. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Versuchen Sie nicht, Zukunftschancen einer Region zu ver-

hindern, sondern kämpfen Sie mit uns für Arbeitsplätze in dieser Region, von denen es dort viel zu wenige gibt! [...]

Christian Meyer (GRÜNE):

[...] Sie haben wieder die gleichen Antworten geliefert: Industrialisierung; wir brauchen ganz viel Gentechnik in der Welt. - Gerade hat das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag in einer Studie festgestellt, dass Ertragssteigerungen, dass höherer wirtschaftlicher Nutzen durch den Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut nicht nachweisbar ist. - Das muss man auch einmal feststellen. Bis heute werden lediglich Genpflanzen vermarktet, die Resistenzen gegen Pestizide aufweisen. Sie sind für den Intensivanbau gedacht und bringen in kleinbäuerlichen Strukturen keinen Nutzen. Trotz jahrzehntelanger Forschung mit Unsummen öffentlicher Fördermittel gibt es keine trockenheitsresistenten oder salztoleranten Gentechnikkpflanzen. - So weit das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag.

Von daher setzen wir [...] bei der Lösung des Welt hungerproblems nicht auf Industrialisierung, auf eine Abhängigkeit von den großen Konzernen, auf Gentechnisierung. Wir brauchen eine Förderung der Eigenproduktion in den Entwicklungsländern, eine Förderung kleinbäuerlicher Strukturen, gerade auch bei der Existenzgründung durch Frauen.

[...] Zum Fleischkonsum ist grundsätzlich anzumerken: Ich halte es eher mit der Verbraucherzentrale Niedersachsen, die kürzlich gesagt hat: Weniger Fleisch ist mehr. - Sie hat gesagt, dass wir den Fleischkonsum reduzieren müssen. Um drei Roastbeefs à 250 g zu erzeugen, wird für die Nahrungsmittel so viel Platz benötigt wie für die Produktion von 227 Brötchen. Die Rolle, die wir dabei spielen, sollten Sie bedenken, gerade jetzt, wenn Sie gleich zur Mittagspause gehen.

Ansonsten freue ich mich, dass es abseits von CDU und FDP ein Bündnis von Entwicklungsorganisationen, Umweltorganisationen, SPD, Grünen, Linken und Milchbauern gibt, das eine Umkehr in der Agrarpolitik hin zu einer nachhaltigen Produktion auch im Norden fordert. Niedersachsen muss eine grundsätzliche Trendumkehr erreichen. [...]

Hans-Heinrich Ehlen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung:

[...] Von der Seite der Linken und Bündnis 90/Die Grünen wird es oft so dargestellt [...], als wenn die Landesregierung Hähnchenställe und Hähnchenschlachte-reien plant. - Meine Damen und Herren, bei uns investieren und planen immer noch Unternehmerinnen und Unternehmer!

Genehmigt wird von den Landkreisen bzw. den kreisfreien Städten. Diese genehmigen nach geltendem Recht. Dabei gehen sie sehr sensibel vor, weil sie voll im

öffentlichen Fokus stehen.

Aus diesem Grund kann es nicht angehen, dass man in unverantwortlicher Weise Dinge in die Welt setzt, nur um die Schlagzeile „Niedersachsen baut Hähnchenmastställe und -schlachtereien“ zu provozieren. [...]

Meine Damen und Herren, ich kann diese Initiative nur befürworten, schafft sie doch auf der einen Seite neue Arbeitsplätze und auf der anderen Seite eine Wertschöpfung, die wir in Niedersachsen dringend gebrauchen können. Die Menschen, die dort investieren, tragen dabei ein hohes Risiko.

Bei der nächsten Frage muss man aufpassen, dass man sich nicht verheddert: Die Produkte, die die niedersächsische Agrar- und Ernährungswirtschaft auf den Markt bringt, haben mit den Entwicklungsländern absolut nichts zu tun.

Die Produkte, die wir in die ganze Welt verkaufen - weil sie gut sind, weil sie spitze sind -, sind nicht diejenigen, die in den Entwicklungsländern über Sein oder Nichtsein entscheiden.

Sie blenden in der ganzen Diskussion aus, dass Lebensmittel gar nicht nach Afrika exportiert werden dürfen. Auf deutsche Initiative hin ist von der Europäischen Union beschlossen worden, dass in die „Everything but Arms“-Staaten, in die 49 ärmsten der armen Länder, keine Lebensmittel exportiert werden dürfen. Im Gegenzug dürfen diese Staaten aber alles außer Waffen in die Europäische Union exportieren.

Wir müssen nach meiner Auffassung viel mehr darauf achten, dass diese Länder im Handel mitspielen können. Mit den Produkten - ich sage es noch einmal -, die in Deutschland, in Niedersachsen produziert werden, treten wir jedenfalls in keinerlei Konkurrenz mit den bäuerlichen Produzenten in den Entwicklungsländern.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch sagen, dass wir auf der Ebene Niedersachsens natürlich sehen müssen, dass wir mit der Wertschöpfung im ländlichen Raum, der Wertschöpfung unserer landwirtschaftlichen Betriebe und vieler Tausend Menschen in der Ernährungswirtschaft, auch unsere Arbeitsplätze erhalten und behalten. [...]

Niedersächsische Fleischfabriken und Exportsubventionen verschärfen Armut und Welthunger - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/1895 [...] // Niedersächsischer Landtag - 16. Wahlperiode - 51. Plenarsitzung am 24. November 2009



Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Widerstand gegen Agrarindustrialisierung

Zum "Widerstand gegen die drohende Agrarindustrialisierung Ostniedersachsens" hat in einer Pressemitteilung im November die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) aufgerufen. Die niedersächsische Landesregierung mache derzeit den Hähnchen-Baronen aus der überfüllten Intensivregion Emsland/Weser-Ems den vorwiegend ackerbaulich genutzte Raum zwischen Northeim und Lüneburg (entlang der A 7) als neue "Ausweichregion" schmackhaft. Agrar-Staatssekretär Ripke trete sogar als "Vermittler" auf. Der geplante Bau einer riesigen Hähnchen-Schlachthanlage der "Emsland Geflügel GmbH" (Rothkötter-Gruppe) in Wietze bei Celle solle nun durch die Anwerbung von 150 Vertragsmästern abgesichert werden. Mit Werbeveranstaltungen aktiv seien auch weitere Agrarindustrie-Gruppen wie Stolle oder Wesjohann-"Wiesenhof".

Den Verbrauchern, so AbL-Landesvorsitzender Martin Schulz, werde ein Bild von Hähnchen auf der Wiese vorgegaukelt - dabei sei die industrielle Hähnchenmast mit 25 Tieren je Quadratmeter, mit einseitig ausgerichteter Qualzucht und mit vielen leidenden Masttieren den Verbrauchern oder gar Schulklassen nicht vorzeigbar. Die agrarindustriellen Ställe mit ihren Geruchs- und Staub-Emissionen provozierten massive Konflikte und dauerhafte Gräben in den Dörfern und gefährdeten Arbeitsplätze in bäuerlicher Geflügelhaltung, Tourismus und Kurorten, das Image ganzer Regionen und die Werte vieler Immobilien.

Ihren abhängigen Vertragsmästern gäben die Hähnchenkonzerne die Kosten von Küken und Futter vor. Ergänzt durch die Kontrolle über den Preis der Schlachttiere könnten die Konzerne so beliebig den Gewinn und die Rentabilität der Vertragsmäster steuern. Die trügen das Produktionsrisiko und Kosten von 500.00 Euro für einen 40.000er-Stall. Kalkuliert werde derzeit mit 5-6 Cent pro Hähnchen, das bringe bei 7-8 Stall-"Durchgängen" maximal einen Gewinn von 14.000 bis 19.000 Euro. Die Landwirtschaftskammer weise warnend darauf hin, dass Mäster nur bei bestem Management schwarze Zahlen schreiben - ein Großteil der Landwirte erwirtschaftete nicht mal die Kosten. Der EU-Markt ist nach Einschätzung der AbL längst gesättigt, die laufende Investitionswelle werde auch in diesem Sektor rasch zu einem Verfall der Preise führen. Die gedumpte Exporte ruinierten die Landwirte in anderen Ländern. [...]

Unter dem Motto "Bauernhöfe statt Agrarfabriken" habe sich kürzlich ein bundesweites Bündnis gegen Agrarfabriken gegründet, getragen von BUND, AbL, Nutztier-Schutzverband Provieh, Deutschem Tierschutzbund, dem "Neuland"-Programm für artgerechte Nutztierhaltung, Vertretern aus dem kirchlichen Bereich und mittlerweile 30 Bürgerinitiativen. Die AbL fordert dazu auf, auf Ebene der Landkreise rasch ähnliche Bündnisse zu gründen. Sie ruft die Landwirte dazu auf, bei der verständlichen Suche nach weiteren "Standbeinen" für ihr Einkommen nicht die Abhängigkeit von der Agrarindustrie zu suchen, sondern aktiv in den Zukunftsmarkt für artgerechte Tierhaltung zu investieren. Dazu seien jetzt dringend öffentliche Programme angesagt.

(PM vom 01.11.2009)



Übernahme

Mitte Dezember machte die Celler IG Metall-Jugend mit einer Aktion auf ihre Zukunftsorgen aufmerksam. „Operation Übernahme“ und „Sichert unsere Übernahme!“ lauteten die mit abwaschbarem Kreidespray vor der Arbeitsagentur, dem Neuen Rathaus und den Parteibüros von CDU, SPD und LINKE gesprühten Botschaften. Hintergrund: Heute werden rund 30 % der Auszubildenden nicht übernommen. Der größte Teil von ihnen wird arbeitslos. Insgesamt ist in der Gruppe der 15- bis 24-jährigen die Erwerbslosenquote mit 14,9 Prozent fast doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. IGM Jugendsekretär Emanuel Glass gegenüber der CZ: *„Wir wollten mit dieser Aktion ganz plastisch deutlich machen, wie sehr uns die Übernahme der Auszubildenden nach ihrer Abschlussprüfung im Januar am Herzen liegt.“*

Otte im Kundus-Ausschuss

Der Celler Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) ist Berichterstatter seiner Fraktion im Bundestagsuntersuchungsausschuss zum Kundus-Massaker. Er selbst ist nicht besonders auskunftsfreudig. Zwei Tage nach dem Massaker wurde ihm auf www.abgeordnetenwatch.de folgende schlichte Frage gestellt: *„Gehört es zu Ihren Aufgaben als Mitglied des Verteidigungsausschusses, über die Einhaltung von NATO-Richtlinien zu wachen? Wenn nicht, wer kümmert sich sonst darum, dass unsere*

ethischen (zumal christlichen) Grundsätze eingehalten werden?“ Bis zum Ende des Jahres hatte der Abgeordnete hierauf keine Antwort gefunden.

Klimaschwindel

Dass einige CZ-Redakteure dem ganzen Getue ums Klima nicht so ganz glauben mögen, muss einen nicht unbedingt verwundern – schließlich leben sie über den Umweg der Anzeigen von unserem „Lifestyle“. Aber dass Michael Reghely tatsächlich einen Hambührener Hobby-Forscher gegen das IPCC antreten und vor der „allgemeinen Hysterie“ warnen lässt, hat Chuzpe. Am Ende mahnt Reghely, es sei *„grundfalsch und zutiefst unwissenschaftlich andere Meinungen einfach zu ignorieren oder totzuschweigen“*. Keine Sorge: Niemand wird auf dem Scheiterhaufen landen, nur weil er behauptet, dass sich die Sonne um die Erde dreht – was im übrigen jedermann durch bloße Inaugenscheinnahme feststellen kann.

Deutsches Sprack,

... schweres Sprack. Zu streiten wäre darum, wie sinnvoll es ist, „Ehrenamtliche“ als Nachhilfelehrer in Schulen zu schicken. Es wäre aber in jedem Fall sinnvoll zu verhindern, dass nicht jeder Hans & Franz, der sich dazu berufen fühlt, die Schule als Bühne nutzt. Ob man den bekannten Leserbriefschreiber Baron Axel Freiherr Zu Krumau De Vere Peratoner nun unbedingt noch ehrenamtlich an die Tafel stellen sollte ... Die Linkspartei immerhin lehnte dankend ab, als er im Jahr 2007 seinen Beitritt zur Kommunistischen Plattform erklärte. Als Argument nannte sie, dass der Freiherr eine Solidaritätserklärung für den aus der CDU ausgeschlossenen Antisemiten Hohmann unterzeichnet habe. – Im Januar berichtete die CZ fast überschwänglich über Peratoners Engagement an der Realschule Auf der Heese, wo er Fünftklässlern Nachhilfe in Deutsch gab. Der „Job“ war über die Freiwilligenagentur Kellu zustande gekommen. Peratoner malträtierte *„fünf lernschwache Kinder“* mit seinen Grammatik-Kenntnissen. *„Was ist ein Prädikat?“* wollte er wissen. Da ihm die Schüler die Antwort schuldig blieben, gab er sie selbst: *„Ein Prädikat ist ein Tätigkeitswort.“* Merkwürdigerweise widersprach ihm keiner der Schüler, denn

bisher kannten sie das Tätigkeitswort unter der Bezeichnung „Verb“. Im Satz wird es dann gern zum „Prädikat“; aber was soll's. So haben die Kinder wenigstens mal einen echten „Baron“ und „Freiherrn zu“ kennengelernt (was man wieder zusammenschreiben darf, wie auch zusammenschreiben).

Wahl der Waffe

Das Münchner Institut für Kunst und Forschung (IKF) hat beim Verwaltungsgericht Frankfurt/Main Klage wegen einer Polizeimaßnahme erhoben, mit der die Kunstaktion „Militärischer Bankenschutz“ vor der Zentrale der Commerzbank behindert wurde. Mit der Aktion wurde der militärische Schutz der Bank verbildlicht. Anlass war der jährliche »Celler Trialog«, eine Veranstaltung von Commerzbank, Bundeswehr und Politik zum militärischen Schutz deutscher Finanzmärkte. Die Künstler bewachten in Kampfanzügen mit in China hergestellten Plastikattrappen deutscher Sturmgewehre den Haupteingang. Die Aktion war angemeldet, wurde aber von Polizeibeamten in Zivil mit Verweis auf das Waffengesetz unterbunden. Das IKF sieht hierin einen Verstoß gegen die Kunst-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. (aus: Junge Welt, 11.01.2010)

Tänzers Minarette

Es war den Rechtspopulisten Europas ein - wie man in den Kreisen gern sagt - *„innerer Reichsparteitag“*: die Schweizer Volksabstimmung für ein Verfassungsverbot von Minaretten. Selbstverständlich auch für *„unseren Freund“* Klaus Tänzer vom Celler Kurier. Ansonsten immer ein Bewunderer des *„Alten Fritz“* passte ihm dessen Motto nicht in den Kram; denn der schrieb 1740: *„Alle Religionen seindt gleich und guht, wannuhr die Leute, so sie profesieren [(öffentlich) bekennen], erliche Leute seindt, und wen Türken und Heiden kähmen und wolten das Land pöbplieren [bevölkern], so wollen wier sie Mosqueen und Kirchen bauen.“* - Die CZ hatte mal wieder den Papierkorb nicht gefunden, in dem laut Chefredakteur Leineweber rechtsextremistische Leserbriefe landen würden. Jedenfalls konnte Axel de Vere Peratoner mal wieder seine wirren Gedanken gedruckt lesen - Kern seines Fundamentalismus: *„Meines Erachtens hat der in Deutschland tolerierte Islam*

der in Deutschland tolerierte Islam keine Toleranz verdient." Wenn das keine eindeutig verfassungsfeindliche Auffassung ist?

Flüchtlingsheim dicht

Unermüdet hatte der "AK Ausländer" - unterstützt durch Bündnisgrüne, LINKE und zuletzt auch den Kirchen - über Jahre die Schließung des Flüchtlingsheims in Scheuen gefordert. Zentraler Kritikpunkt war die Ausgrenzung, die die Flüchtlinge dadurch erfuhren, dass man sie an den äußersten Stadtrand ausquartiert hatte. Am Ende war es die unübersehbare Unwirtschaftlichkeit: die offiziell 45 Plätze waren nie belegt. Durch den Ausbau der "Festung Europa" kamen in den vergangenen Jahren kaum noch neue Flüchtlinge nach Celle. Zuletzt waren gerade noch 10 Personen in Scheuen gemeldet. Jährlich kam so - laut CZ - ein Defizit von etwa 100.000 Euro zustande, das der Landkreis zu tragen hatte.

Pillibeit

Der aus der CDU-Stadtratsfraktion ausgeschlossene Frank Pillibeit hat sich mit Torsten Schoeps (WG) zu einer Fraktion zusammengeschlossen. Pillibeit hatte sich als Haider-Fan und populistischer Saubermann vor zwei Jahren selbst für die Celler CDU einige Schritte zu weit rechts außen positioniert. Die Wählergemeinschaft von Torsten Schoeps hatte sich durch Streit im Vorfeld der Kommunalwahl fast selbst zerlegt. Schoeps stand dabei - nach außen - eher für eine Abkehr von traditionell durch die WG vertretenen rechtspopulistischen Positionen. Jetzt findet wieder zusammen, was zusammengehört: Nationalismus & Kleinbürgermuff. Die beiden Fraktionskollegen verkündeten in ihrer ersten Pressemitteilung ein tiefgehendes politisches Programm mit vielen Gemeinsamkeiten: *"Zwecks Gestaltung einer effektiveren Arbeit im Rat der Stadt Celle haben sich der WG-Ratsherr Torsten Schoeps und der parteilose Ratsherr Frank Pillibeit zur Bildung einer Fraktion zusammengeschlossen. Das neue Tandem im Rat möchte als WG-Fraktion mehr Informationsfluss und Einflussmöglichkeiten bei ihrer politischen Arbeit vom Bürger für den Bürger erreichen."* Zur Bundestagswahl hatte Pillibeit zur Wahl der FDP

aufgerufen, aber scheinbar konnten die ihn wegen ihrer Gruppenbildung mit der CDU im Rat nicht nehmen. (17.12.2009)



Aus für Karstadt Technik

Bis zum 31. März 2010 sollen vier Karstadt-Filialen in Norddeutschland geschlossen werden. Betroffen sind Filialen in Kiel und Hamburg, Hannover und auch das Technik-Haus am Nordwall in Celle. Laut Insolvenzverwalter seien 54 Mitarbeiter aus der Sport- und Multimedia-Filiale in Celle von der Schließung betroffen, wie die Gewerkschaft ver.di mitteilte. Der zuständige Fachbereichsleiter der Gewerkschaft ver.di, Heiner Schilling, bedauerte die Schließung der Karstadt-Filialen. *"Das ist ein bitterer Tag für die Mitarbeiter. Das Missmanagement der Unternehmensleitung, das maßgeblich zur Insolvenz von Karstadt beigetragen hat, wird nun auf den Schultern der Beschäftigten ausgetragen"*, kritisierte er und forderte den Insolvenzverwalter auf, den betroffenen Mitarbeitern einen Ersatzarbeitsplatz möglichst am selben Standort anzubieten.

Zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens Anfang September 2009 hatte man von den Angestellten noch einen Gehaltsverzicht gefordert. Bereits in der ersten "Krisen"-Phase 2004 hatten sie in einem so genannten "Zukunftspakt" auf Einkommensanteile verzichtet. Das wird sich auch jetzt bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes auswirken. - Aber aus Schaden wird scheinbar nie-

mand klug: Erneut will man über drei Jahre durch den Wegfall von Urlaubs- und Weihnachtsgeld dem Konzern etwa 150 Millionen Euro schenken.

Celles Karstadt-Chef Schmidtman durfte sich immerhin darüber "freuen", dass das Haupthaus bestehen bleiben soll. Niedersachsens Wirtschaftsminister Bode (FDP) zeigte viel Empathie: *"Sehr unglücklich finde ich es, wenn die betroffenen Beschäftigten ihre Kündigung jetzt unter dem Weihnachtsbaum finden."* Also: Kündigungen künftig bitte erst am 27.12. raus schicken!

Erdöl, Erdgas, Erdwärme

In den kommenden drei Jahren fließen über 560.000 Euro an EU-Geldern in das Kooperationsnetzwerk "Erdöl, Erdgas, Erdwärme" in Celle. Damit solle, so Niedersachsens Wirtschaftsminister Bode (FDP) die Position von Celle als international anerkannter Standort für oberflächennahe Bohr- und Tiefbohrtechnik ausgebaut und im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung fortgeführt werden: *"Wir haben in Celle eines der weltweit wichtigsten Servicezentren der Öl- und Gasindustrie mit hervorragendem Ansehen insbesondere im Bereich der Tiefbohrtechnologie. Für die Zukunft ergeben sich hier weiterhin sehr gute Entwicklungschancen."* Darüber hinaus könne durch die zunehmende Erschließung der tiefen Geothermie ein Marktsegment für die Celler Wirtschaft auf der Grundlage des vorhandenen Know-how ausgebaut werden. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln sollen verschiedene Maßnahmen und Technologieprojekte in der Region initiiert werden. Ziel ist es zum einen, mehr qualifizierte Ingenieure nach Celle zu locken. Zum anderen sollen die Potentiale im Bereich der Forschung und Entwicklung noch weiter ausgeschöpft werden. Bode: *"Bei der Erschließung von Erdöl- und Erdgaslagerstätten geht es darum, Technologien weiter zu entwickeln, mit denen die nach heutigen Maßstäben technologisch und wirtschaftlich nicht nutzbaren Energiereserven in den nächsten Jahren verfügbar werden. Insbesondere für die tiefe Geothermie gilt es, die Kosten für Erschließung und Nutzung weiter zu senken. Nur so kann diese Energiequelle künftig einen steigenden und repräsentativen Anteil am regenerativen Energiemix darstellen."* (27.11.2009)

Nachrichten im Rückblick

Ostumgehung

Ostumgehungsbefürworter pflanzten Anfang Dezember 2009 eine Eiche an der Fahrradunterführung der Überquerung in Höhe des Möbelhauses Wallach; mit dabei die CDU'ler Langspecht, Hörstmann und Stumpf. Ihre zynisch anmutende Begründung: Da viel Waldfläche abgeholzt werden musste, wolle man mit dem Pflanzen der Eiche ein Zeichen für die Natur setzen.



Hiroshima Fahne in Celle

Anfang Dezember hatte der "Hiroshima-Friedensmarsch für eine Welt ohne Atomwaffen" Stationen in Belsen und in Celle. Im Mai 2010 findet eine Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag statt. Aus diesem Anlass wurde am 6. August 2008 in Hiroshima auf einer Versammlung von Vertretern von Friedensbewegungen aus aller Welt ein Appell für eine von Kernwaffen befreite Welt verabschiedet. Um die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, hat Manfred Sohn, Vorsitzender der Landtagsfraktion DIE LINKE, zu einem Friedensmarsch quer durch Deutschland aufgerufen. Am 6. August, dem 65. Jahrestag des Bombenabwurfes, wurde dieser Marsch auf Sylt gestartet, wobei sich Etappen zu Fuß oder per Fahrrad abwechseln. Neben dem Gedenken an die Opfer möchten die Friedenswanderer zugleich die Sensibilität für die nach wie vor bestehende Problematik fördern: "Die Gefahr eines Atomwaffenkrieges ist nach dem Ende des Kalten Krieges immer mehr aus dem Fokus geraten", erläutert Sohn. "Dabei ist sie in Wirklichkeit eher gestiegen." Dementsprechend fordern die Teilnehmer des Marsches auf der Fahne, die in japanischer und in deutscher Sprache beschriftet ist, "eine Welt ohne Atomwaffen" und sammeln auf ihren Stationen Unterschriften für dieses Ziel. Am 6. Dezember machte der Friedens-

marsch Station an der Rampe in Bergen-Hohne, von wo es zur Gedenkstätte Bergen-Belsen ging. Über Winsen führte der Marsch nach Celle, wo der Tag in der Fußgängerzone mit einer kleinen Abschlusskundgebung beendet wurde. Zwischenzeitlich ist die Hiroshima-Fahne in Hannover, von wo aus es im Frühjahr weiter Richtung Süden gehen wird. Am 6. August 2010 soll das Ziel Zugspitze erreicht sein. (<http://friedensmarsch-fuer-hiroshima.de>)

Bundeswehr dabei

Vielleicht sollte man den "Tag der Niedersachsen" besser "Tag der Streitkräfte" nennen. Wenn vom 18. bis 20. Juni 2010 der "Tag der Niedersachsen" in Celle stattfindet, belegt die Bundeswehr zwei zentrale Orte: gemeinsam mit dem NDR die Bühne vor dem Schloss, und sie veranstaltet direkt neben dem "Niedersachsendorf" im Französischen Garten "Public Viewing" - also u.a. das WM-Spiel "Deutschland-Serbien".

Jahresfilmprogrammpreis

Das "kino 8 1/2" erhielt mal wieder den Jahresfilmprogrammpreis für die Gestaltung eines hervorragenden Jahresfilmprogramms 2009 in der Kategorie nichtgewerbliche Filmtheater. Dotiert mit 500 Euro wird er von der "nordmedia Filmförderung" ausgelobt - ausgezeichnet werden gewerbliche und nicht-gewerbliche Filmtheater und Spielstellen in Niedersachsen und Bremen, die mit einem herausragenden Kinoprogramm für eine vielfältige Kino- und Programmkultur sorgen.



Nix mit Gerhus

Begleitet von einer Mahnwache ist Mitte Dezember das von Rechtsextremisten umworbene Landhaus Gerhus in Faßberg versteigert worden. Brigitte Friedrich, eine Betreiberin von Alten- und Pflegeeinrichtungen ersteigerte das Ho-

tel im Amtsgericht Celle als einzige Bieterin für 525.808 Euro. Sie will dort ein Heim für seelisch behinderte Menschen einrichten. Der Preis lag nur knapp über dem geforderten Mindestgebot. Bis zum Tod der NPD-Funktionär Jürgen Rieger bestand die Gefahr, dass er sie erwerben und dort ein Schulungszentrum für Neonazis einrichten könnte. Deshalb demonstrierten mehr als 100 Bürger_innen aus Faßberg und Antifaschist_innen aus des ganzen Landkreis bis zum Ende der Versteigerung vor dem Amtsgericht. Viele von ihnen hatten bereits im Juli täglich Mahnwache vor dem Hotel gehalten, als dieses durch Kameradschaftsnazis besetzt worden war. Bis zuletzt konnte nicht ausgeschlossen werden, dass auch Strohmannen der rechten Szene mitbieten würden. So schauten die drei bei der Versteigerung dann doch anwesenden Kameradschaftsnazis etwas dumm aus der Wäsche. Ebenso wahrscheinlich die Verkäuferfamilie Hennies. Denn Brigitte Friedrich hatte ihnen zuletzt vor der Versteigerung rund 750.000 Euro geboten. So war die Versteigerung ein Verlustgeschäft. Ein anschließend von der Verkäuferfamilie eingeleiteter Einspruch gegen die Versteigerung beim Landgericht Lüneburg scheiterte.

Ödnis der Ödnis?

Die „taz“ beschäftigte sich im Januar auf ihrer „Wahrheit“-Seite mit „dem ödesten aller öden Orte“, dem niedersächsischen Städtchen Celle und musste registrieren: „Doch jetzt schlägt das "Herz der Finsternis" zurück. Zum 125-jährigen Jubiläum des Landkreises Celle soll ein neues Lied über Stadt und Region geschrieben werden. Die Melodie sei bereits vorhanden, wie die Behörden des Landkreises mitteilten. Sie forderten alle Schüler der Region auf, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen und einen Text für die Celle-Hymne zu verfassen. Der Kinderchor der Kreismusikschule werde dann das Lied vortragen. Nun sind wir zwar zum Glück keine Schüler aus Celle, aber außer Konkurrenz wollen auch wir mitmachen. Den Titel für unser Werk haben wir bereits. Und wir würden uns sehr freuen, wenn dann demnächst der Kinderchor der Kreismusikschule unsere Hymne schmettert: "Hölle, dein Name ist Celle".“ (taz, 13.01.2010)

Lebensgeschichten im 20. Jahrhundert

Anfang März nimmt die RWLE Möller Stiftung nach längerer Pause ihre Veröffentlichungsreihe „*celler hefte*“ wieder auf. Dann erscheint ein Doppelheft mit dem Titel *(Um-)Brüche*. Gemeint sind lebensgeschichtliche Umbruchsituationen – sie stellen gewissermaßen einen „roten Faden“ durch die insgesamt fünf Beiträge dar. Die ersten beiden Aufsätze widmen sich den Rechtsanwälten Manfred Herzfeld und Ernst Hegewisch. In den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts in Hannover geboren, waren beide im Kaiserreich nach Celle umgesiedelt. Teil des bürgerlichen Milieus wurden sie trotz ihres Berufes nicht – Herzfeld war Jude und die Distanz zur besseren Gesellschaft scheint auf Gegenseitigkeit beruht zu haben; Hegewisch wechselte angesichts der Erfahrungen der Novemberrevolution das Lager, er wurde Kommunist und war fortin als Anwalt der „*Roten Hilfe*“ tätig. Der Nationalsozialismus entzog beiden die berufliche Existenz. Herzfeld emigrierte nach Palästina. Hegewisch, seit 1924 in Hamburg lebend, verbrachte vier Jahre im Gefängnis. Nach der Niederlage des Faschismus widmeten sie sich beide einem Thema: der so genannten Wiedergutmachung. Hegewisch verfasste in Hamburg verschiedene Denkschriften, u.a. „*Errichtung und Aufgaben einer Behörde für Wiedergutmachung*“, bevor er 1947 als Landgerichtsdirektor nach Halle/Saale wechselte. Herzfeld kehrte 1950 nach Deutschland zurück, um als Rechtsanwalt in der *Jewish Restitution Successor Organization* für die Rückerstattung jüdischen Vermögens zu streiten. Beider Leben ist gekennzeichnet durch Brüche. Während Heinz-Jürgen Schneiders Beitrag zu Hegewisch schon Teil einer Buchveröffentlichung zu den Anwälten der *Roten Hilfe* war, ist Reinhard Rohdes Schilderung von Herzfelds Leben eine Erstveröffentlichung.

Beide Rechtsanwälte werden dem 8. Mai 1945 als „*Befreiung*“ empfunden haben. Ganz im Gegensatz zu einer lokalen Protagonistin des NS: Für Hanna Fueß war es der „*Zusammenbruch*“. Wie tief sie, die als Redakteurin der *Celleschen Zeitung* allzeit ein völkisches Lob auf das „*Dritte Reich*“ sang, der Ideologie des Herrenmenschentums verhaftet blieb, zeigt Sebastian Winter in seiner Analyse der von ihr in den ersten Nachkriegsjahren zusammengetragene „*Celler Kriegschronik*“. In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurde diese Sammlung häufig als Quelle zur Beschreibung der Einstellungen ländlicher Eliten in den späten 1940er Jahren genutzt. Der Text offenbart aber vielleicht mehr noch die Anschauungen der Chronistin selbst. Hervorstechend ist die Inszenierung der bäuerlichen Bevölkerung als Opfer: der Nationalsozialisten, der Alliierten und vor allem der befreiten Displaced Persons.

Wo so eifrig an identitätsstiftender Kontinuität gestrickt wurde, gerieten die in dieser Umbruchsituation vorhandenen Chancen schnell ins Hintertreffen. Für den Pastor Heinrich Albertz' ergab sich in seiner Celler Zeit eine persönliche Weichenstellung, die den Anfang seines gewissermaßen zweiten Lebens als Politiker bildete. Eher feuilletonistisch hat er sich oft zu seinem Engagement als Flüchtlingspastor in Celle und SPD-Landtagsabgeordneter geäußert. Soziale und politische Analyse sind dagegen viele Passagen des vor 30 Jahren von Peter Erf mit ihm geführten Interviews. So erläutert er etwa, warum seine Idee, die besitzlose Schicht der Flüchtlinge zum Hebel für eine Neuordnung der Besitzverhältnisse zu machen, in der SPD scheitern musste.



Wie sehr die Gesellschaft in dieser Phase aus den Fugen war, wie tief Erfahrungen von Entwurzelung gingen, ließ sich auch in einem als homogen gedachten Quartier wie der Blumlage beobachten. Dass dabei die vielbeschworenen Trümmerfrauen in einer Stadt wie Celle vor ganz anderen Trümmern standen als nur denen zerbombter Gebäude, wird selten thematisiert. Der bürgerlichen Kleinfamilie mit ihrer Trias von Vater, Mutter, Kind fehlte häufig der Vater. Wie sich die patriarchale Ideologie trotz aller daraus resultierender Irritationen über die Adenauer-Ära retten konnte, wird vielleicht gerade im Blick auf ein kleinstädtisches Milieu deutlich. Dies jedenfalls zeigt Heidrun Uta Ehrhardts erstmals 2003 in den „*beiträge(n) zur feministische theorie und praxis*“ veröffentlichter Aufsatz, der in Celle aber bislang weitgehend unbekannt ist.

Das neue Heft der Schriftenreihe zeigt, dass sich auch in der vermeintlich ruhigen Provinz historischen Brüche tief auf Biografien auswirken und sich in Lebensgeschichten eingraben können. Die RWLE Möller Stiftung erweitert mit dieser Veröffentlichung die Perspektiven gerade auch auf Vor- und Nachgeschichte des NS.

Celler Hefte 5-6. (Um-)Brüche. Celler Lebensgeschichten. Schriftenreihe der RWLE Möller Stiftung. Celle 2010.

Wer zieht hier wen über den Tisch?

Die Stadt Celle erhält ein neues Feuerwehrhaus. Die neue Hauptwache soll auf dem „Saarfeld“ errichtet werden – links neben dem MTV-Sportplatz, eventuell kommt als Standort auch das Postgelände in der 77–Straße in Frage. Die alte Hauptwache an der Bergstraße soll abgerissen werden. Damit wäre dort Platz für ein Parkhaus; letzteres ist eine zwingende Voraussetzung für die Altstadtgalerie - das Gedo-Projekt.

Der Clou soll die Finanzierung werden: „*Der Neubau der Feuerwehrhauptwache ist als Private-Public-Partnership (PPP) zu realisieren. Der Rat beauftragt die Verwaltung ein entsprechendes Vergabeverfahren vorzubereiten.*“ (1) Dies beschloss der Stadtrat am 17.12.09 mit großer Mehrheit: CDU, FDP und SPD stimmten zu; nur DIE LINKE/BSG und Bündnis 90/Die Grünen stimmten geschlossen dagegen.

Zum ersten Mal will die Stadt Celle sich auf ein sogenanntes PPP-Projekt einlassen: Das etwa 16 Millionen Euro teure Objekt Feuerwehrhauptwache soll von einem privaten Investor finanziert und gebaut werden, anschließend nutzt die Stadt es für ein jährliches „*Nutzungsentgelt*“ von 1,5 Millionen Euro (genau 1.495.066,00 Euro!). Eigentümer ist und bleibt die Stadt. Laufzeit – bitte hinsetzen – 30 Jahre. Whow, 45 Millionen Euro für ein 16 Millionen Objekt? Die Nebenkosten wie Heizkosten, Strom, Wasser usw. kommen selbstverständlich noch dazu. Häuslebauer könnten da mal schnell nachkalkulieren: Streichen wir bei den Millionen zwei Nullen, damit man eine bessere Vorstellung hat, dann hätten wir für ein 160.000 Euro Häusle einen jährlichen Abtrag von 15.000 Euro zu leisten und das für 30 Jahre. Das soll günstig sein!? Bei einem nor-

malen Hypotheken-Darlehen wäre das ein Zinssatz von etwa 8,3 Prozent und 1 Prozent Tilgung. Bei der Sparkasse bekommt man zur Zeit ein Hypotheken-Darlehen für ungefähr den halben Satz. Aber wir haben wohl einiges nicht verstanden.

Im August wurde das Unternehmen *Assmann Beraten & Partner GmbH* aus Dortmund mit einer „*Eignungs- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung*“ für ein PPP-Projekt beauftragt. Am 2.10.09 lieferte sie, ihr Fazit: Effizienzvorteil eines PPP-Projekts gegenüber einem kommunal finanzierten und durchgeführten Projekt exakt 8,61 Prozent. Wodurch? Wieso? Die 1. Stadträtin Dr. Susanne Schmitt fasst es in ihrer Beschlussvorlage für den Stadtrat wie folgt zusammen: Die Baukosten wurden „*für beide Varianten in gleicher Höhe zu Grunde gelegt. Im zweiten Schritt wurden die bestehenden Risiken (z.B. rechtliche Risiken, Baurisiken, Unterhaltungsrisiken) analysiert und bewertet. Durch die optimale Verteilung der Risiken im PPP-Verfahren lassen sich entsprechende Kostenvorteile erzielen*“ (1) Das ist mehr eine Behauptung, als ein schlüssiges Argument.

Das Assmann-Unternehmen schreibt in seiner Untersuchung unter dem zusammenfassenden Punkt „*Ergebnis und Handlungsempfehlung*“: „*Als Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung lässt sich festhalten, dass die PPP-Beschaffung wirtschaftliche Vorteile gegenüber der konventionellen Realisierung ausweist. Auf Basis der getroffenen Annahmen liefern die Ergebnisse eine gesicherte Grundlage zur Weiterverfolgung und Ausschreibung einer PPP-Beschaffung.*“ (1) So einfach, so überzeugend? Die Beraterfirma gibt sodann noch eine „*There is no alternative – Empfehlung*“: „*Unter der Voraussetzung eines Investitionskostenrahmens von kleiner als 20 Mio. Euro stellt sich die Finanzierung mittels Forfaitierung mit Einredevorzicht als einzig marktgängige Variante dar. Um die Stadt Celle gegen Insolvenz des privaten Partners abzusichern wird empfohlen, den Einredevorzicht erst nach Übernahme der fertig gestellten Feuerwache zu erklären.*“ (1) Ich wette glatt eine Kiste, dass nicht mal ein Drittel der Ratsmitglieder weiß, was sich hinter dem Begriff „*Forfaitierung mit Einredevorzicht*“ verbirgt (siehe Kasten!).

Für uns ergibt sich ein ganzes Bündel von offenen Fragen:

- Wird der Vertrag mit einem privaten Investor öffentlich gemacht oder nicht? Wird er zumindest den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt oder geheimgehalten und damit der öffentlichen Kontrolle entzogen?



Forfaitierung mit Einredeverzicht

Ein bei PPP-Projekten übliches Element der vertraglichen Kaufvertragsgestaltung ist die Forfaitierung mit Einredeverzicht. Was verbirgt sich hinter diesem juristischen Begriff? Dr. Werner Rügemer, Philosoph, Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität Köln, erklärt den Begriff anhand eines Beispiels. Die Stadt Offenbach hat mit Hochtief einen Vertrag über die Sanierung der 49 städtischen Schulen mit einem Gesamtvolumen von 410 Millionen Euro über eine Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen. Hochtief wird nach dem Vertragsschluss bei einer Bank vorstellig, um ihr die Forderungen gegen die Stadt – 410 Millionen Euro – zu verkaufen. Diesen Teil des Forderungsverkaufs nennt man Forfaitierung (Pauschalierung). Damit dieser Forderungsverkauf rechtlich gültig werden kann, muss die Stadt Offenbach allerdings einen Einredeverzicht üben, d.h. sie sichert der Bank vertraglich zu, die monatlichen Mietüberweisungen auch dann zu leisten, wenn Hochtief seinen Vertragspflichten schlecht oder gar nicht nachkommt. Die Stadt Offenbach gibt damit ihre vertraglichen Rechte zugunsten Hochtiefs auf. Für Investoren lohnt sich die Forfaitierung mit Einredeverzicht, da sie die Vertragssumme abgezinst und abzüglich der Inflationsrate am ersten Tag ausgezahlt bekommen. Auch die Banken mögen solche Verträge, ist die öffentliche Hand doch der zuverlässigste Schuldner. Die einzige Seite, die bei diesem Spiel verliert, ist die Kommune. Sie liefert sich dem Investor durch den Einredeverzicht und die daraus resultierende Aufgabe der Mieterrechte bedingungslos aus.

Und das wird nur bedingt besser, wenn die Stadt Celle den Einredeverzicht erst nach Fertigstellung der Feuerwehrwache ausübt.

- Welche Rendite soll dem privaten Investor zugestanden werden oder wenigstens ungefähr? Oberbürgermeister Mende hält sie zumindest für sehr interessant: „Wir haben auch die städtische Wohnungsbaugesellschaft WBG im Auge. Würde sie ins Projekt einsteigen, dann hätte das einen gewissen Charme. So würde die Rendite bei einer Gesellschaft bleiben, die uns gehört.“
- Hätte die Stadt bei einem PPP-Projekt noch Einfluss auf die zu verwendeten Baustoffe, Dämmstoffe, Heizungssystem, Solar und Photovoltaik?
- Werden bei einem PPP-Projekt örtliche Firmen bei der Fertigstellung berücksichtigt und wie? Werden Dumping-Löhne und Leiharbeiter ausgeschlossen?
- Warum soll die langfristige Verschuldung bei einem privaten Investor günstiger sein als ein relativ günstiger Kommunalkredit? Oder welche Steuervorteile hat eigentlich ein privater Investor bei einem PPP-Projekt?
- Warum gibt es keine öffentliche Auseinandersetzung über diese neue Form eines Finanzierungsstrukturtes. Viele Kommunen mussten böse Erfahrungen machen, z.B. mit den PPP-Projekten Berliner Wasserwerke, Hamburger Elbphilharmonie oder



„PPP ist somit ein Antreiber für die immer weitere Deregulierung des Arbeitsrechts, für immer niedrigere Löhne und, das ist in der Branche ein Strukturelement, für ständigen Rechtsbruch“ (3)

„Bei PPP-Projekten treten andere laufende Ausgaben an die Stelle von Zins- und Tilgungslasten und belasten künftige Haushalte in gleicher Weise oder ähnlicher Weise PPP-Projekte, die sich die öffentliche Hand konventionell finanziert nicht leisten kann, darf sie sich ebenso wenig alternativ (d.h. mithilfe von PPP) finanziert leisten.“ (Pressemitteilung der Präsidenten der deutschen Rechnungshöfe vom 05.02.2006) (4)

Zitate aus Rügemer, Heuschrecken, S. 145 (3) und S. 158 (4)

Toll Collect.

- Das Assmann-Unternehmen redet in seinem Gutachten von den „Vorteilen einer Lebenszyklusbetrachtung“. Das klingt toll und nachhaltig - und was ist mit den Bauschäden, Reparaturen und Instandhaltungen nach den 30 Jahren?

Quellen: 1.) Zitate nach Internetseite der Stadtverwaltung – Stadt Celle; Stichworte: Politik – Ratsinformationssystem – Vorlagen.

2.) Werner Rügemer, Heuschrecken im öffentlichen Raum – Public Private Partnership Anatomie eines globalen Finanzinstruments, transcript Verlag Bielefeld 2008.



„Bitte nicht so blutig“

Nachdem die BILD den im Oktober in Celle gestorbenen ehemaligen Adjutanten des Führers, Fritz Darges, mit zwei eher abfällig, sarkastischen Artikeln in die Walhall verabschiedet hatte, konnte auch die CZ nicht umhin, sich diesem seit 1948 in unserem Städtchen lebenden „Promi“ zu widmen. Heraus kam eine mehrteilige Serie, die einiges über den Hitler-Fan und seine Frau enthüllte – ebenso aber wurde eine gehörige Portion banalen Geschichtsmülls aufgehäuft. Wir sprachen über Inhalte und Wirkung mit Reinhard Rohde, der sich seit langem mit der Celler NS-Geschichte und Erinnerungskultur beschäftigt.

?: Die Cellesche Zeitung hat mit ihrer Serie zu der Nazi-Vergangenheit von Fritz Darges und seiner Frau Helene Darges-Sonnemann für ein vorweihnachtliches Stadtgespräch gesorgt. Du hattest vor einigen Monaten bei uns ja mal die Beschäftigung mit den Tätern angeregt. Löst die CZ das mit diesen Artikeln ein?

!!: Ich hatte mich dabei auf Adorno bezogen. Der hatte eingefordert, die Wurzeln des Verbrechens nicht in den Opfern, sondern in den Verfolgern zu suchen, d.h. sich mit den Umständen der Taten und mit den Motiven der Täter zu beschäftigen. Das, so Adornos Auffassung, könne ein Beitrag im Sinne eines „Nie Wieder“ sein. Weil: Das Wiederholungsrisiko liegt ja eben nicht auf der Seite der Opfer, sondern auf der der Täter und Zuschauer. Aber zu der Frage nach den Umständen der Taten von Darges und Sonnemann gab es in der CZ genauso wenig zu lesen, wie zu deren Motiven.

?: Also keine „Erziehung nach Auschwitz“, was die Lokalzeitung da betrieb?

!!: Nein. Das war, ich sage es mal zugespitzt: Der Führerbunker als boulevardeskes Spektakel. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Überlebende oder Angehörige von Opfern es witzig finden, wenn berichtet wird, dass Darges die Sitzungen mit seiner Fußpflegerin immer mit dem Satz "Bitte nicht so blutig" eingeleitet habe.

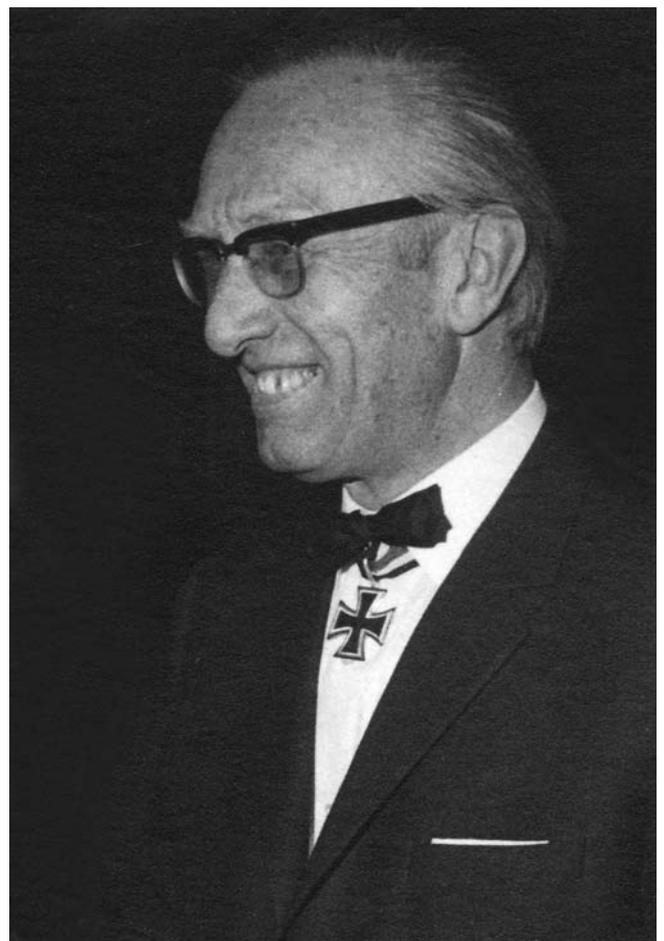
?: Um was geht es dann, wenn nicht um „Aufklärung“?

!!: Auflage. – Wie ihr eingangs gesagt habt: Es geht darum, „Stadtgespräche“ zu inszenieren – früher nannte man das „Lufthoheit über den Stammtischen“. Und an diesem „Stadtgespräch“ kann man eben nur mit Abonnement teilhaben.

?: Gab es nicht trotzdem einige neue Aspekte. Uns war nicht alles bekannt, worüber berichtet wurde.

!!: Ja – auch. Dass eine Kindermörderin Chefärztin im AKH-Kinderhospital werden konnte, hat einige Bri-

sanz. Aber in mehrfacher Hinsicht: 1960 und 1961 berichtete DER SPIEGEL über eine Sitzung der Hamburger Ärztekammer. Dabei ging es darum, ob jenen Ärztinnen und Ärzten, die in Rothenburgsort das NS-Euthanasieprogramm an Kindern umgesetzt, also – Klartext – mindestens 56 Kinder ermordet hatten, die Approbation entzogen werden sollte. In jeweils einer Fußnote dieser Artikel wird Helene Sonnemann als Angeschuldigte genannt. – In einer schon immer tratschigen Stadt wie Celle wird das spätestens dann ein Thema gewesen sein. Aber eben damals nicht für die Cellesche Zeitung. Und es wäre tatsächlich jetzt eine Aufgabe des AKH, die Akten zu Helene Sonnemann offenzulegen. Dann würden wir sehen können, ob und wie die gesellschaftliche Elite – denn die sitzt mit ihren Vertretern in den Aufsichtsgremien des AKH – mit diesem Thema umgegangen ist. Und nebenbei: Auch SPD via Rat oder Kreistag und Gewerkschaften via Betriebsrat hätten damals aktiv werden können.



Fritz Darges mit Ritterkreuz 1974

?: *Warum ist Helene Sonnemann in der aktuelleren regionalgeschichtlichen Forschung kein Thema gewesen?*

!: Da gibt es eine Art „time-lag“. Als ich zum Beispiel begann, mich mit dem Feld „NS und Celle“ zu beschäftigen, war Sonnemann längst in Pension – also keine mir bekannte Person des öffentlichen Lebens. Und so stolpert man nicht über den Namen, der ja durchaus z.B. bei Ernst Klee „Deutsche Medizin im Dritten Reich“ auftaucht.

?: *Was meinst du, warum vorher nichts an die Öffentlichkeit kam?*

!: Die Mörder waren – wie es im Filmtitel von Wolfgang Staudte hieß – „... unter uns“. Ein persönliches Beispiel: Ein Onkel von mir lebte mit Familie in Hannover. Bei ein, zwei Besuchen in den 1960ern war die Stimmung spürbar gedrückt. Den Grund erfuhr ich viel später: Er war bei der Waffen-SS gewesen und es lief ein Ermittlungsverfahren gegen ihn. Der war damals „... unter uns“. Und ich bin mir sicher, dass nicht das die Belastung war, sondern der Umstand, dass er, konfrontiert mit seiner NS-Vergangenheit, um seine ruhigen Lebensumstände fürchtete. Und dann war man in der Familie glücklich, als sich alles im Sande verlief. Und um zu Darges zurückzukommen: Mein Onkel war ein freundlicher, runder Mann, Bahnbeamter im mittleren Dienst, der zudem gern angeln ging.

?: *Genau. Darges wird ja gewissermaßen als „Aristokrat“ beschrieben. Lass uns mal in die Artikel schauen: „Er war ein Gourmet und ausgezeichnete Weinkenner.“ „Er hat sich charakterlich gut verhalten und allgemein Anerkennung im Betrieb gefunden.“ „Er war ein ganz toller, sehr korrekter, ansprechender Mensch, der auch sehr freundlich war.“ Usw. usw.*

!: Ja, ist das nicht merkwürdig, dass man die Männer der SS nach 1945 nur noch an der am linken Oberarm eintätowierten Blutgruppe erkennen konnte? Was später – nebenbei gesagt – den Zivildienstleistenden in Altenheimen immerhin die Gelegenheit gab, diese freundlichen alten Herren etwas unfreundlicher zu behandeln. – Die CZ-Zeitzeugen gehen ja sogar noch einen Schritt weiter, indem sie – zumindest zwischen den Zeilen – unterstellen, die „imposante Erscheinung“ von Darges habe ihren Grund in seiner SS-Vergangenheit und Nähe zu Hitler. Man kann das ganze auch „Herrenmenschen-Gehabe“ nennen. Aber genau das tut die CZ nicht.

?: *Die Nazis waren nicht nur „unter“, sondern auch bald wieder „über uns“?*

!: Erhard, Globke, Lübke, Kiesinger in den 1950er und 1960er Jahren – dann diese ganze Garde der ehemaligen, noch vom NS geprägten Wehrmachtsoffiziere wie Schmidt, Wischnewski, Dregger, Barzel. Das fand ja generationell tatsächlich erst mit Helmut Kohl ein Ende. Und auf lokaler Ebene brauche ich ja nur die Namen Blanke, Heinichen, Hörstmann, Eichelberg usw. usw. nennen, damit deutlich wird: Die alten Nazis sind schnell an die Hebel der Macht zurückgekehrt.



Die SS-Junkerschule in Bad Tölz besuchte Darges im Jahr 1934 – dies war der Start zu einer NS-Karriere, die ihn zum Adjutanten zunächst von Martin Bormann (1936-1939), später von Adolf Hitler (1943/44) machte.

?: *Funktionierende Seilschaften, wie die CZ unterstellt?*

!: Ach, das brauchte es eigentlich gar nicht. Die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft verdrängt und verschweigt – und sie ist eine Integrationsmaschine. Es gibt ja auch die lernfähigen ehemaligen Nazis, die sich ehrlich am Aufbau der repräsentativen Demokratie beteiligen. Ausgegrenzt wird im Kern nur die in Form der Kommunistischen Partei vorhandene lebendige Erinnerung an Verfolgung und mögliche alternative Konsequenzen, denn die KPD wird verboten und das ihr verbundene Milieu zum Schweigen gebracht. Die Seilschaften mag es gegeben haben. Voraussetzung war aber, wie zum Beispiel beim Oberlandesgericht, dass die formalen Hürden zur Wiedereinstellung beseitigt wurden. Und das bekamen die Eliten schnell und souverän hin.

?: *Im Fall von Darges' Einstellung als DRK-Geschäftsführer wird auf die mögliche Rolle des damaligen Oberkreisdirektors Axel Bruns hingewiesen.*

!: Ritterkreuzträger unter sich. Selbstverständlich spielt das eine Rolle. Man kennt sich – z.B. über die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger, man deckt und fördert sich. Ein ekliges Milieu, das ja tatsächlich erst durch die Proteste bei ihrem Treffen in Celle 1995 eine Niederlage einstecken musste. Viel zu spät.

?: *Nochmal kurz zurück zu Helene Sonnemann.*

!: Sie kommt als gefeierte Kinderretterin nach Celle, hat sie doch 1943 die Evakuierung von rund 300 Kindern, 70 Schwestern und sechs weiteren Ärztinnen aus dem zerbombten Hamburg nach Celle organisiert und geleitet. Die nahmen in Celle die Hehlentorschule als Hilfskrankenhaus in Beschlag. Eine Heldin gewissermaßen – und den Nazi-Orden, den sie dafür bekommen hat, hat dann das Garnison-Museum bis zur CZ-Serie ausgestellt. Das ist ihr Nimbus. 1949 gibt es in Hamburg ein Untersuchungsverfahren. Aber das Landgericht verzichtet auf die Eröffnung des Hauptverfahrens, ob-

wohl die Tötung von mindestens 56 Kindern im Kinderkrankenhaus Rothenburgsort festgestellt wurde und dass „die Tötung der Kinder objektiv rechtswidrig gewesen“ sei. Die Richter aber befanden, dass die Angeschuldigten das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit nicht gehabt hätten. Deshalb sei ein Schuldbeweis nicht zu führen. Was – nebenbei – einer Rechtfertigung der NS-Euthanasie-Aktion gleichkommt. Ergebnis also: Keine Anklage. Folge deshalb: Keine. Das ist der demokratische Rechtsstaat in seiner Geburtsphase. Im Nachhinein wäre zu fragen, ob Sonnemann-Darges irgendwann einmal zu einem Bewusstsein der Rechtswidrigkeit ihrer Taten gekommen ist.

?: Für ein gewisses Erschrecken hat diese Enthüllung jetzt aber ja gesorgt; das AKH will sich mit dem Thema „Euthanasie und Nationalsozialismus“ auseinandersetzen.

!!: Spannender wäre, sich gleichzeitig mit der Frage der „Aufarbeitung“ in einer Stadtgesellschaft wie Celle zu beschäftigen. Wir hatten ja auch den „Fall“ Heinrich Bunke, ein hier ansässiger Frauenarzt, der Ende der 1980er Jahre wegen Beihilfe zum Mord an 9.200 Menschen im Rahmen der NS-Euthanasie Aktion zu drei Jahre Haft verurteilt wurde. Als erstmals in den 1960er Jahren ein Prozess gegen ihn angestrengt wurde und er kurzfristig seine Approbation verlor, sollen in Celler Arztpraxen rund 5.000 Unterschriften für ihn gesammelt worden sein. Eine fast unglaubliche nachträgliche Rechtfertigung eines NS-Verbrechens durch einen nicht unbeträchtlichen Teil der Gesellschaft.

?: Wie hat die Cellesche Zeitung damals berichtet?

!!: Ich vermute mal, in den 1960er Jahren gab's nichts. In den 1980ern wurde über den Frankfurter Euthanasie-Prozess gänzlich abweichend vom heutigen „Infotainment“ zumeist sehr knapp mit dpa-Meldungen berichtet. Aber in der Tat: Wer in Celle über die Zeit des Nationalsozialismus und die über Jahrzehnte misslingende Aufarbeitung reden will, darf über die Rolle der Celleschen Zeitung nicht schweigen. Hierfür nur ein – den älteren Leser_innen – wohlbekanntes Beispiel: Walther Zuzan, der 1977 zur CZ kam und lange Jahre dafür sorgte, dass das Blatt seinen Ruf als „Heide-Stürmer“ nicht los wurde. Zuzan war – wie DIE ZEIT berichtete - von 1931 bis 1935 bereits Mitglied der in Österreich noch verbotenen Hitlerjugend, seit dem Mai 1938 Mitglied der NSDAP sowie seit dem 15. Oktober 1936 Mitglied der SS mit der Nummer 304 553. Nach dem Krieg soll er als Chefredakteur die neonazistische Zeitschrift „Der Aufbruch“ geleitet und Kontakt zur neonazistischen Tarnorganisation „Freikorps Schwarze Jäger“ gehabt haben. Ein „Unbelehrbarer“, was DIE ZEIT mit dem Hinweis darauf belegte, dass Zuzan 1968 als „Beisitzer des NPD-Kreisverbandes Hamburg-Altona“ geführt worden sei. Seine Kommentare und Leitartikel waren entsprechend.

?: Dann müssen wir demnächst mit einer Serie „SS-Journalist verbrachte seine letzten Berufsjahre in unseren Redaktionsstuben“ rechnen?

!!: Nein, sicherlich nicht. Aber darum würde es auch nicht gehen. Die Rolle und Wirkung als lokal dominierendes Blatt in NS und Nachkrieg wäre das Thema, wobei es aber selbstverständlich auch um die handelnden Personen gehen müsste. In den letzten Jahren hat die CZ ja an vielen Punkten eine durchaus beachtliche Rolle in der lokalen Erinnerungspolitik gespielt. Da wird ja nichts mehr unter den Teppich gekehrt, sondern im Gegenteil: Einige Redakteure beschäftigen sich bei Gelegenheit kritisch mit der NS-Lokalgeschichte. Und es war ja nicht falsch, die Geschichte Darges/Sonnemann aufzugreifen. Nur kann dabei in Anlehnung an den Stil der BILD eben nicht Aufklärung herauskommen. Schaut mal in die Internet-Foren von Wehrmachtspfans - die können scheinbar mit der CZ-Serie gut leben.

?: Und sie haben die CZ mit der SS-Personalakte von Darges beliefert?

!!: Ja – behaupten sie. Zur Beurteilung von Darges' müsste man dann aber weiter schauen: Was hat Martin Bormann in der Zeit getrieben, als Darges bei ihm Adjutant war? Ich hatte jetzt nur die Longerich-Studie „Hitlers Stellvertreter“ zur Hand und das ist mehr Organisationsgeschichte. Und auch, wenn aus der SS-Akte hervorgeht, für welche militärische „Aktion“ Darges das Ritterkreuz bekommen hat, müsste man schon schauen: Was die SS-Panzerdivision „Wiking“ in Budapest und vor allem danach getrieben? Denn zeitparallel zu dem Celler Massaker an KZ-Häftlingen ermordeten die Reste von Darges' SS-Regiment in Österreich aus Mauthausen entflozene KZ-Häftlinge – kurz nachdem ihm am 5. April das Ritterkreuz verliehen wurde und kurz bevor er in US-Gefangenschaft geriet.

?: Ergeben sich für die lokale Forschung und Erinnerungspolitik weitere Aufgaben?

!!: Wenn ich auf den Beginn des Gesprächs zurückkommen kann: Die Beschäftigung mit Täterbiografien wäre in Celle ein neues Feld. Am Beispiel AKH wird vielleicht deutlich, dass es im Einzelfall sinnvoll sein kann, sich mit der Geschichte bestimmter Institutionen zu befassen. Und ich würde mal hoffen, dass die Bestände des Garnisonmuseums einen neuen, wohltemperierten Platz im Lager des Bomann-Museums finden.

?: Letzte Frage – Es wurde ja spekuliert, dass demnächst von Darges sowas wie Lebenserinnerungen veröffentlicht werden könnten. Was wäre davon zu erwarten?

!!: Was soll dabei rauskommen, wenn ein bekennender Nationalsozialist über den Nationalsozialismus schreibt? Ein Traktat zum Vergnügen bekennender und heimlicher Nationalsozialisten. Und im Ernst: Was hätte man davon, wenn Darges enthüllen würde, dass der Führer tatsächlich nur ein Ei hatte – oder heimlich gern mit Eva Weißwürste verspeist hat?

Die CZ-Serie kann nachgelesen werden unter:

<http://www.cellesche-zeitung.de/index.php/cz/Inhalt/Themenwelt/Serien/Der-Adjutant-Hitlers>

Katalog zur neuen Ausstellung

Nach der grundlegenden Neukonzeption der Gedenkstätte Bergen-Belsen liegt jetzt der ausführliche und reich bebilderte Ausstellungskatalog vor. Auf knapp 400 Seiten wird eng an der Ausstellungskonzeption die Geschichte der drei Lager dokumentiert, die Bergen-Belsen zu einem der international bekanntesten Orte nationalsozialistischer Verbrechen werden ließen.

1940 errichtete die Wehrmacht hier am Rande eines Truppenübungsplatzes ein Kriegsgefangenenlager. Ab April 1943 diente es der SS als Konzentrationslager, in dem mit den Verlegungen von Häftlingen aus anderen KZ in den letzten Kriegsmonaten das nicht fassbare Massensterben seinen Ausgang nahm. Nach der Befreiung am 15. April 1945 und dem Kriegsende wurde in der nahe gelegenen vormaligen Wehrmachtskaserne ein Displaced Persons Camp eingerichtet, in dem bis Sommer 1950 ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge untergebracht waren. Die Geschichte dieser drei Lager wird in der 2007 eröffneten neuen Dauerausstellung der Gedenkstätte Bergen-Belsen umfassend und vorwiegend aus der Perspektive der Opfer dargestellt.

Die Ausstellung fordert die Besucher_innen nicht allein durch die Vielfalt der ausgestellten Dokumente, sondern vor allem durch die Dichte der Tagebücher, Berichte und Videointerviews, die das Grauen in Bergen-Belsen aus Sicht der Zeitzeugen anschaulich und vielfältig nahe bringen. So werden viele Besucher_innen in einem Maße „beansprucht“, dass es ihnen kaum möglich sein dürfte, allen drei Ausstellungsbereichen dieselbe Aufmerksamkeit zu widmen. Da ist es in jedem Fall eine Hilfe, dass jetzt ein ausführlicher Katalog vorliegt.

Etwas zu kurz gekommen ist sowohl in der Ausstellung wie dann eben auch im Katalog ein Blick auf die Täter_innen, und auch die Geschichte der sich mit der Gedenkstätte verbindenden Erinnerungskultur und – politik harrt einer weiteren historisch-kritischen Aufarbeitung.

Für letzteren Aspekt gab es in den vergangenen Monaten wieder ein anschauliches Beispiel: In Bergen diskutierte man darüber, ob die Nähe zum NS-Konzentrationslager noch immer einen Schatten über die Stadt werfe oder ob sie nicht heute eher als Nachbar der international anerkannten Gedenkstätte wahrgenommen werde. Dahinter verbirgt sich eine langwährende erinnerungspolitische Tendenz, die im Landkreis Celle geprägt war durch Verharmlosung und Exterritorialisierung („Die Zustände in den letzten Monaten waren schicksalhaft“, „Niemand im Landkreis hatte Kenntnis von dem Massensterben im Kriegsgefangenen-

und Konzentrationslager“). Doch weder lässt sich die geografische Nähe leugnen, noch die massenhafte Zustimmung zum staatlichen Rassismus in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft.

Der Rat der Stadt Celle hatte irgendwann in den 1960er Jahren beschlossen, den Besuch der Gedenkstätte durch Schulklassen finanziell zu fördern. Wann und warum diese Regelung aufgegeben wurde, war auf die Schnelle nicht herauszufinden. Die neu gestaltete Ausstellung sollte den Schulträgern – Stadt und Landkreis Celle – Anlass genug sein, unterstützend darauf hinzuwirken, den Gedenkstättenbesuch wieder zum bildungspolitischen Standard werden zu lassen. Dabei wäre es seitens des Schulträgers – sprich Landkreis Celle – sinnvoll, wieder eine finanzielle Förderung der entstehenden Fahrtkosten anzubieten.

Bergen-Belsen. Kriegsgefangenenlager 1940-1945 - Konzentrationslager 1943-1945 - Displaced Persons Camp 1945-1950. Katalog zur Dauerausstellung. Hrsg. v. d. Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Göttingen 2009. 384 Seiten, Wallstein Verlag, ISBN-10: 383530612X, 24,90 Euro.



Am Wendepunkt der Ausstellungswegführung überlagert das neue Ausstellungsgebäude durch eine Auskragung freischwebend das ehemalige Lagergelände. Ein großes Panoramafenster ermöglicht den Blick hinaus und bezieht das Gelände in die Ausstellung ein.

Ebenfalls gerade neu erschienen ist eine 116-seitige Din-A4-Broschüre über die niedersächsische Gedenkstätten-„Landschaft“:

Geschichte bewusst machen. Gedenkstätten und Erinnerungskultur in Niedersachsen. Hg. von der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten. Celle 2009 (Schutzgebühr: 5,00 Euro) – Bestellung über: 05141-93355-0

Die Rampe zum Publikum überschreiten

Mit dem Stück „Abflug“ ist der in Celle aufgewachsene Schauspieler Niels Klaunick am 12. Februar in der Celler CD-Kaserne. Wir unterhielten uns mit ihm im Vorfeld über den Theaterhof Priessenthal, das Stück im besonderen und politischen Theater im allgemeinen.

Was ist der „Theaterhof Priessenthal“ für ein Projekt?

Der Theaterhof Priessenthal existiert seit 1979 als eins der ersten freien Tournée-Theater Deutschlands. In den 1980ern spielte das kommuneähnlich organisierte Ensemble mit einem rund 500 Menschen fassenden Zelt in den Großstädten Deutschlands und den angrenzenden Nachbarländern. Heute sind wir ein loser Zusammenschluss von Schauspieler_innen, die von unserem Bauernhof in Oberbayern aus an Theater und Schulen auf Tournée gehen. Zu der Gründergeneration, die es nach dreißig Jahren langsam etwas ruhiger angehen lässt, hat sich seit drei Jahren eine neue Generation gesellt, die Priessenthal fortführen will. Wir sind momentan dabei, wieder junge Kolleg_innen ins Priessenthal zu ziehen, um in den nächsten Jahren wieder ein großes, festes Ensemble aufzubauen - nach wie vor dem Grundgedanken verbunden, politisches Volkstheater zu ma-



chen. Volkstheater im Sinne eines Theaters, das auf sein Publikum zugeht, statt darauf zu warten, dass die Menschen zu uns kommen - und auch im Sinne einer offenen Spielweise, die nicht eine in sich geschlossene Fiktion auf der Bühne erschaffen will, sondern bewusst die Rampe zum Publikum überschreitet, die Menschen direkt anspricht und damit auffordert, sich zu den auf der Bühne dargestellten „Problemen“ zu verhalten.

Was unterscheidet euch von anderen Theatern?

Priessenthal hat keinen Intendanten, der einen Spielplan entwirft und dann den Schauspieler_innen sagt, welches Stück und welche Rolle sie zu spielen haben. Am Beginn einer neuen Produktion sitzen wir zusammen und diskutieren, was uns momentan bewegt, wel-

ches gesellschaftliche Thema wir für wichtig halten, „in die Welt getragen“ zu werden.

Wenn sich ein Thema herauskristallisiert hat, begeben wir uns auf die Suche nach einer Grundlage für eine Handlung: das kann eine Sage oder ein Märchen sein, ein Zeitungsartikel oder eine Geschichte, die jemand selbst erlebt oder gehört hat. Auf dieser Basis entwickeln wir durch Improvisationen das spätere Stück. Während der Probenzeit, die bis zu einem Jahr dauert, recherchieren wir weiter zum Thema, treffen uns mit Betroffenen etc. Am Ende steht dann ein selbstgeschriebenes Stück, mit dem wir unserm Publikum genau das zu einem Thema erzählen, was uns wichtig ist, ohne dass wir ein vorhandenes Stück verbiegen und Kompromisse eingehen müssen; und das ist der Kernpunkt unserer Arbeit: dass auf der Bühne ein Team steht, das ein persönliches Anliegen hat, dem Publikum etwas ganz bestimmtes zu erzählen und nicht nur einen „Job“ erledigt. Ich denke, das sieht man auch.

In Celle hast du mit dem „Theater Mazzoni“ das Stück „Lethal Weather 2“ zum Problem Klimawandel gemacht, dann warst du vor drei Jahren mit „Stones“ zu jugendlicher Gewalt im Bunten Haus in Celle, jetzt mit „Abflug“ wieder ein im engen Sinn politisches Stück – Theater als „moralische Anstalt“?

Ehrlich gesagt dreht sich mir bei dem Begriff „moralische Anstalt“ der Magen um. Ich glaube nicht, dass irgendwer ins Theater geht, um sich moralisch belehren zu lassen. Wenn man politisches Theater macht, merkt man immer wieder, dass der Grat, auf dem man sich bewegt, sehr schmal ist. Denn kaum kommt auch nur ansatzweise der erhobene Zeigefinger daher, spürst du sofort, dass du damit den größten Teil deines Publikums verlierst. Für mich ist es sehr wichtig, deutlich zwischen einer politischen Infoveranstaltung, die Wissen und Meinung vermitteln soll, und einem politischen Theater, das neben aller Gesellschaftskritik ja nun auch vor allem unterhalten und Spaß machen will, zu unterscheiden.

Ich sehe im politischen Theater die Möglichkeit sozusagen als Ergänzung zur vor allem intellektuellen politischen Arbeit einem großen Publikum auf emotionaler Ebene ein Thema nahe zu bringen, es gefühlsmäßig in den Menschen zu verankern, in der Hoffnung, dass einige dadurch anfangen, sich später politisch zu betätigen, oder zumindest nicht mehr auf jede populistische Platttheit reinfallen, sondern die Dinge hinterfragen.

Wir spielen unsere Stücke sehr komödiantisch, weil Lachen ein gutes Mittel ist, bei aller Tragik des Themas sich immer wieder zu „erleichtern“, um sich danach

wieder neu und frisch darauf einzulassen. Und wenn nach „Abflug“ Zuschauer auf uns zukommen und erzählen, dass sie kurz nachdem sie von Herzen gelacht haben, zum ersten Mal im Theater wirklich weinen mussten aufgrund der Flüchtlingschicksale, von denen wir erzählen, dann haben wir, glaube ich, viel erreicht, um dieses Thema tief und anhaltend in den Menschen zu verankern.

Wie seid ihr an den Stoff zu „Abflug“ gekommen und herangegangen?

Wir hatten uns schon viel über das Thema Flüchtlinge und Abschottung Europas unterhalten. Dann hat Theresa im Zeitmagazin eine Artikel über den ersten Charterflug gefunden, bei dem 2006 die Europäische Union unter deutscher Leitung Flüchtlinge aus mehreren Ländern Europas gemeinsam nach Afrika abgeschoben hat. Der Artikel hatte aufgrund vieler zeitlicher Rückblenden, die das Leben einiger „Opfer“ dieses Fluges beschrieben, schon eine gewisse dramatische Struktur, bot also einen guten Ausgangspunkt. Zusätzlich haben wir dann versucht, möglichst viele andere Geschichten zu dem Thema zu sammeln, haben uns mit Flüchtlingen getroffen, die das Stück vor allem auf emotionaler Ebene bereichert haben und haben auch eigene Erlebnisse von Afrikareisen verarbeitet.

Uns war vor allem wichtig, nicht nur von den schrecklichen Geschichten der Flucht und den unmenschlichen Verhältnissen in Europa zu erzählen, sondern den gesamten Fluchtkreislauf, begonnen bei den Fluchtgründen, an denen Europa einen erheblichen Anteil hat, bis zur Heimkehr mit leeren Taschen nach erfolgter Abschiebung zu schildern. - Die Autoren des Artikels Anita und Marian Blasberg haben uns dann auch die Rechte an ihrem Text gegen eine Spende für den Unterstützerkreis einer Flüchtlingsfamilie in Marburg, deren Leben wir u.a. erzählen, überlassen.

Martin Lüttge kennen die meisten von unseren Leser_innen wahrscheinlich vor allem über seine Rolle als griesgrämiger Tatort-Kommissar Flemming in den 1990er Jahren, aus „Forthaus Falkenau“ kenne ich ihn jetzt nicht. Wie ist die Arbeit mit ihm, er hat ja „Abflug“ inszeniert?

Stimmt, Martin ist in erster Linie als Fernsehspieler bekannt. Seine große Leidenschaft ist aber immer die Bühne gewesen, der direkte Kontakt zum Publikum. Martin spielt seit über vierzig Jahren Theater in den unterschiedlichsten Konstellationen, dadurch kann er uns an seinem riesigen Fundus an Erfahrungen teilhaben lassen. Während der Arbeit kommt es ihm vor allem darauf an zu untersuchen, was jede Figur, jede_r Schauspieler_in in genau diesem Moment zum Fortgang der Geschichte beitragen kann. Dadurch entsteht ein Gerüst aus lauter kleinen Stufen, die dich zielgerichtet durch die Geschichte zum Ende führen. Das ist der Geist unseres Theaters: nicht das Stück dient dem/der Schauspieler_in sich darzustellen, sondern der/die Schauspieler_in dient dem Stück, der Geschichte, der Aussage.

Ihr seid ja vor allem Tourneetheater und spielt viel in Schulen. Wie sind dort die Reaktionen auf „Abflug“?

„Abflug“ läuft ungefähr halbe - halbe an Theatern und Schulen. Wir verlangen mit 90 vollgepackten Minuten sehr viel von Schülern, was Konzentration und Aufnahmevermögen angeht. Trotzdem haben wir über-



wiegend sehr positive Reaktionen an Schulen gehabt. Die Fragen, die uns nach der Vorstellung gestellt werden, unterscheiden sich aber kaum von den Fragen in Abendvorstellungen vor Erwachsenen. Trotz aller Medienpräsenz von Flüchtlingsgeschichten lautet die erste Frage fast immer: „Ist das wirklich so schlimm?“. Die meisten Zuschauer_innen sind schockiert, wenn wir ihnen sagen, dass nichts in dem Stück Fiktion ist, sondern alles auf wahren Begebenheiten beruht.

Die schönsten Momente sind, wenn uns Schüler fragen, wie sie sich für die Rechte von Flüchtlingen einsetzen, wo sie Kontakt zu Unterstützergruppen bekommen können. Das passiert regelmäßig.

Arbeitet ihr schon an einer neuen Produktion?

Wir haben Anfang Januar mit den Proben zu unserm neuen Stück „Cocktail“ begonnen. Eine Verwechslungs- und Türenkomödie, in der wir Dantes „Göttliche Komödie“ und Goethes „Faust“ verwursten, um die Geschichte des Versuchsendlagers „Asse II“ und das Leben eines Koches zu erzählen, der eine Wunderseife, die erdölverseuchtes Wasser in Trinkwasser verwandeln kann, erfunden hat, diese aber nicht verkaufen konnte.

Im Hintergrund steht dabei immer die Frage, nach welchen Interessen in unserer Gesellschaft Entscheidungen gefällt werden, wieso Idealismus so oft versiegt, aber auf der anderen Seite Dinge wie Asse passieren, die mit keinem Argument zu rechtfertigen sind. - Premiere wird im Januar 2011 sein. Cocktail ist das erste Stück der „neuen Generation Priessenthal“, das ausschließlich im Abendprogramm laufen wird. Wer sich für unser Theater interessiert findet im Internet unter www.stones-priessenthal.de nähere Informationen.



Die „Geburt“ der Ostermärsche 1960

Zu Ostern 1960, also vor 50 Jahren, fand der erste Ostermarsch in Westdeutschland statt. Ziel dieses Marsches war der Widerstand „gegen atomare Kampfmittel jeder Art und jeder Nation“, wie es im Aufruf hieß. Einige Hundert waren mitmarschiert, 1000 nahmen an der Schlusskundgebung teil. Diese fand am Raketenübungsplatz der Bundeswehr Bergen-Hohne im Landkreis Celle (in der Nähe des ehem. Konzentrationslagers Bergen-Belsen) statt. Der Anlass für die Ortswahl: Am 4. Dezember 1959 hatte dort das erste Übungsschießen der Bundeswehr mit US-amerikanischen Honest-John-Raketen stattgefunden, die als Atomwaffenträger vorgesehen waren. – Auch 1961 und 1962 fanden Ostermärsche mit Auftaktkundgebung in Bergen-Hohne statt.

Nach dem NATO-Beitritt Westdeutschlands im Jahr 1954 endete die „Ohne-mich-Bewegung“ gegen die Wiederaufrüstung. Sie war die erste antimilitaristische Bewegung in der Bundesrepublik; dominiert wurde sie von Vertreter_innen politischer Parteien und großer Organisationen wie dem DGB oder den Kirchen. Die 1956 verbotene KPD hatte bei einer von ihr initiierten Volksbefragung rund neun Millionen Nein-Stimmen gegen eine Wiederbewaffnung sammeln können.



Foto von dem ersten Ostermarsch im Jahr 1960

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre folgte eine Protestbewegung gegen Atomwaffen, die sich in der Kampagne „Kampf dem Atomtod“ zusammenfand. Ein atomarer Rüstungswettlauf zwischen USA und Sowjetunion gehörte zum „Kalten Krieg“; die Drohung eines Atomkriegs rückte in den Bereich des Möglichen. Die CDU-CSU-geführte Bundesregierung entwickelte Pläne zur Ausrüstung der Bundeswehr mit sogenannten taktischen Atomsprengköpfen und Abschussbasen für atomare Kurzstreckenraketen. Im Frühjahr 1958 nahmen an

Massenkundgebungen etwa 1,5 Millionen Personen teil. Nach Meinungsumfragen lehnten über 80 Prozent der westdeutschen Bevölkerung Atomwaffen für die Bundeswehr und auf deutschem Boden ab, über 50 Prozent befürworteten sogar Streiks zu ihrer Verhinderung. Die Führungen von DGB und SPD setzten auf das Mittel der Volksbefragung, die jedoch das Bundesverfassungsgericht im Juni 1958 als verfassungswidrig einstufte. Daraufhin brachen die Initiatoren die Kampagne ab. Im Dezember 1958 entschied der Nato-Rat, dass nur die USA über den Einsatz von Atomwaffen von Westeuropa und Westdeutschland entscheiden sollten. Die bereits stationierten atomaren Kurzstreckenraketen blieben unter dem Oberbefehl der US-Armee. Der unmittelbare Anlass der Kampagne, nämlich die mögliche Atombehaftung der Bundeswehr, war vom Tisch, nicht jedoch die der Nato. SPD und DGB entzogen der „Kampf-dem-Atomtod“-Bewegung aber daraufhin ihre organisatorische und finanzielle Unterstützung. (1)

Pazifistische und antimilitaristische Initiativen waren fortan auf ihre eigene Kraft angewiesen. Dabei orientierten sie sich an dem Marsch, den die britische *Campaign for Nuclear Disarmament* zu Ostern 1958 von London aus zum Atomforschungszentrum Aldermaston organisiert hatte. Dort hatten rund 10.000 Menschen gegen die nukleare Aufrüstung demonstriert.

Die ersten Vorbereitungen in Deutschland gingen von einer pazifistischen Hamburger Gruppe aus, dem „Aktionskreis für Gewaltlosigkeit“. Warum sie dabei auf Bergen-Hohne kamen, schildert Konrad Tempel, einer der Organisatoren, so:

„Als am 6. Dezember 1959 die *„Hamburger Morgenpost“* die knappe Nachricht brachte, daß in Bergen-Hohne Atom-Raketen vom Typ *„Honest John“* erprobt werden, stand unser Entschluß fest, aus Protest dorthin zu marschieren, notfalls allein. Dabei spielte auch eine Rolle, daß der Truppenübungsplatz an das Gebiet des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen angrenzte und sich bei uns die Vorstellung eines neuen *„Todes-Zentrums“* in der Lüneburger Heide nicht beiseite drängen ließ. Bei Gesprächen mit persönlichen und politischen FreundInnen [...] entstand der Gedanke, an andere pazifistische Gruppen im norddeutschen Raum heranzutreten und sie um eine Beteiligung zu bitten. Damit war die Form des sternförmigen Marsches vorgegeben, die dann wie selbstverständlich über viele Jahre hin als Grundform der politischen Demonstration von AtomwaffengegnerInnen akzeptiert wurde.“ (2)

Es bildete sich ein „Ausschuss für den Ostermarsch zum Raketen-Übungsplatz Bergen-Belsen“, in einem gemeinsamen Aufruf wurden als Gründe für den Marsch fol-

gende genannt:

„Schon einmal hat man dem deutschen Volk den Vorwurf gemacht, geschwiegen zu haben, wo mutige Worte und Taten notwendig waren. In den Konzentrationslagern - wie Bergen-Belsen - kamen Millionen Menschen ums Leben. Bei Fortsetzung der Versuchsexplosionen und der atomaren Aufrüstung aber droht der gesamten Menschheit Vernichtung. Dieser Gefahr gilt es durch eine unüberhörbare, totale Absage an alle Atomkriegs-Vorbereitungen in Ost und West zu begegnen.

Die atomare Ausrüstung der Bundeswehr hat mit den „Honest-John“-Roketen in der Lüneburger Heide ein neues Stadium erreicht, das der Öffentlichkeit bewußt gemacht werden muß. Jeder weitblickende und verantwortungsbewußte Staatsbürger ist deshalb zu aktivem Protest gerufen.

Wenn Worte nicht mehr gehört und die Mahnungen der bedeutendsten Menschen vieler Völker beiseite geschoben werden, müssen wir vor der Welt ein unmißverständliches und eindruckvolles Zeichen geben, daß wir durchhalten können, auch wenn uns die öffentliche Propaganda übertönt. - Denn dies ist die Wahrheit, die man in allen Lagern des kalten Krieges ver-harmlosen will:

Jede Herstellung, Erprobung und Lagerung von Atomwaffen - gleich an welchem Ort und in welcher Hand - ist die größte Gefährdung der Menschheit.“ (3)

Der Hamburger Ostermarsch begann am Karfreitag und führte über Sprötze, Schneverdingen und Soltau am Ostermontag nach Bergen. In Braunschweig starteten die Marschierer am Samstag und machten in Uetze und in Groß-Hehlen Zwischenstationen. Für Braunschweig war Andreas Buro der verantwortliche Versammlungsleiter. - Ebenfalls am Ostersonntag marschierten die Hannoveraner_innen los, die in Ehlershausen und Wolthausen ihre Übernachtungen einlegten. Weitere Gruppen kamen aus Bremen und Göttingen.

An die Stimmung erinnert sich Andreas Buro so:

„Das Unternehmen wurde von Ost und West, links und rechts mit Häme und Spott überschüttet. Naive Sektierer und idealistische Spinner waren noch die freundlichste Bezeichnung. Die Diffamierungsmaschine lief auch auf einer anderen Ebene. Ein bekanntes Boulevard-Blatt schrieb „Sex auf dem Ostermarsch“. Der Hintergrund: Bei den 3-4-tägigen Märschen hatten wir auch Turnhallen für die Übernachtungen angemietet. Dort nächtigten die Marschteilnehmer nicht getrennt nach Geschlechtern, sondern gemeinsam in den großen Hallen. Damals zog solche Diffa-

Seite 4 — Cellesche Zeitung

Atomwaffengegner auf dem Raketenübungsplatz Bergen

BERGEN. Rund 1000 Kriegsdienstverweigerer und Atomwaffengegner versammelten sich am Sonntag-nachmittag auf dem Raketen-Übungsplatz Bergen-Belsen zu einer Protestkundgebung gegen die Atombewaffnung. Sie waren drei Tage lang in Etappen aus den Gebieten von Hamburg, Bremen, Braunschweig und Hannover nach Bergen marschiert und hatten unterwegs Transparente, Plakate und schwarze Fahnen mitgeführt. An der Kundgebung nahm auch eine Delegation englischer Atomwaffengegner teil.

In seiner Eröffnungsansprache erklärte H. Köper-Köln, daß sich der Protest nicht nur gegen westliche Atomwaffen, sondern auch gegen die atomare Bewaffnung des Ostens richte. Professor Heckmann von der Pädagogischen Hochschule Hannover wies in seiner Ansprache auf die Notwendigkeit hin, daß nur ein entschiedenes Nein der Entwicklung zu einer totalen militärischen Gewalt Einhalt gebieten könne. Als Vertreter des Bundesvorstandes der Kriegsdienstverweigerer forderte H. Tempel-Hamburg dazu auf, für den Kampf gegen die Atomrüstung - wenn nötig - auch Opfer zu bringen. Der Dozent Walter Keller-Detmold bezeichnete den Ostermarsch als Protest gegen den Krieg überhaupt. Wer in der Bundesrepublik von seinem im Gesetz verankerten Recht auf Kriegsdienstverweigerung keinen Gebrauch mache, sei mitschuldig auch an der Entwicklung zur atomaren Bewaffnung, sagte Keller.

Anschließend verlas H. Köper eine Botschaft, die an die bevorstehende Gipfelkonferenz gerichtet werden soll. In ihr wird zum Ausdruck gebracht, daß die Ostern in Belsen gegen den Krieg protestierenden Menschen nicht geschwiegen hätten und mit ihnen die Demonstranten in England und den USA sprächen. Köper forderte die Teilnehmer am Ostermarsch auf, in ihrer privaten Sphäre weiter gegen den Atomtod zu wirken.

Auf dem Raketenübungsplatz Bergen-Hohne - in der Nähe des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen - waren im Dezember 1959 die ersten Atomraketen vom Typ „Honest John“ von der Bundeswehr erprobt worden.

Cellesche Zeitung vom 19.04.1960

mierung noch. Heute würde man darüber nur lachen - auch ein deutliches Zeichen für den Wandel der Zeiten und vor allem des gesellschaftlichen Bewusstseins nicht zuletzt durch die Arbeit der sozialen Bewegungen.“ (4)

Im Bericht von Konrad Tempel gibt es eine längere Passage, in der er sich an die „Sorgen“ erinnert, kommunistisch unterwandert zu werden:

„Ein wesentliches Merkmal des Marsches waren die lebhaften Diskussionen, die uns OrganisatorInnen in hohe Ängste versetzt haben. Und zwar deshalb, weil diejenigen, die in diesen Diskussionen dominierten, ungleich politischer argumentierten als wir. Und weil an einigen Stellen durchaus agitiert wurde, hatten wir die ernste Sorge, daß die sich gleichermaßen gegen die Atomrüstung des Westens wie des Ostens richtende Gesamttenndenz verändert werden könnte. [...]

In diesem Zusammenhang muß man berücksichtigen: Das KPD-Verbot hatte bewirkt, daß KommunistInnen sich in einer Vielzahl von Gruppierungen und Vereinen betätigten; [...] Das war der Hintergrund für unsere Angst vor einer „Unterwanderung“. Solche Schwierigkeiten haben sich in der Folgezeit an einigen Stellen noch gesteigert, nicht nur, weil wir unseren Argwohn nur allmählich überwinden konnten, sondern auch, weil es hin und wieder koordinierte Tendenzen gab, demonstrativ Verbandssymbole zu zeigen und optisch herausragende Positionen einzunehmen, etwa beim Tragen von Spruchbändern und Fahnen. Insgesamt aber hat sich in den folgenden Jahren das Prinzip der „breiten Plattform“ durchgesetzt, das auf dem Verzicht aller basierte, den Marsch für die eigene Grundposition zu vereinnahmen und mit ihm eigene Politik zu machen.“

Auch von anderer Seite gab es diesen Argwohn. Im Celler Kreisarchiv gibt es einen Aktenbestand, der vor allem die versammlungsrechtlichen Anträge und Auflagen der Ostermärsche 1960-1962 umfasst. Ein Streit drehte sich nicht nur 1960, sondern auch in den zwei folgenden Jahren um die Transparente, die die Demonstrierenden mitzuführen gedachten. Im Jahr 1960 wurden nicht erlaubt: „Ausbildung an Atomwaffen = Ausbildung zum Massenmord“ (die in späteren Jahrzehnten wiederkehrende Frage, ob Soldaten als Mörder bezeichnet werden dürfen) und „Besser Ko-Existenz als No-Existenz“ (Koexistenz war seit 1956 die zentrale außenpolitische Doktrin der Sowjetunion). Die Transparente durften nicht gezeigt werden, weil sie - so die Ord-

nungsbehörde – „ihrem Inhalt nach die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar stören“.

Am 18. April 1960 zogen dann von allen Seiten die Ostermarschierer_innen nach Bergen hinein. Etwa 1000 Personen beteiligten sich an der Abschlusskundgebung vor dem Raketenübungsplatz Bergen-Hohne.

Ausführlich berichtete die Hannoversche Presse am 20. April 1960 („800 marschierten für Millionen / Atomprotest in Belsen / Dieser Marsch war der Anfang“):

„Niemand hatte sich vorgestellt, daß der Ostermarsch nach Belsen so ausgehen würde. Jetzt wissen wir es: Mit der vielgelobten, disziplinierten Art dieses Atom-Protestmarsches haben die Kriegsgegner einen starken Eindruck hinterlassen. Es scheint jetzt schon sicher, daß sich dieser Marsch im nächsten Jahr wiederholen wird. [...] Sie sahen klein und verloren aus, die Gruppen, die da von Hannover und Braunschweig aus am Ostersonntag unseren Landkreis erreichten. Man bewunderte ihren Mut vor der „endlosen Straße“ [...] Es waren keine Fanatiker, es waren „nur“ Idealisten. Sie hatten sich gegen das „Eigentlich-müsste-man ...“ überwunden und marschierten. Am Montagmittag rückte das Ziel merklich näher. Wer bis dahin insgeheim mit sich gerungen hatte, den Marsch aufzugeben, der faßte neuen Mut. Nachzügler und ältere Leute gesellten sich (nach einer Busfahrt) auf den letzten zehn bis zwanzig Kilometern wieder dazu. Die Kolonnen wurden größer und wirkungsvoller. [...] Es wurde ein langer Zug. 800 Männer, Frauen und Kinder mit einer Vielzahl von Transparenten und Fahnen waren zusammengekommen. Über 500 Schaulustige standen schon auf der Panzerkreuzung vor der Kaserne. [...]“



Ein Jahr später gab es in Westdeutschland nicht mehr nur den Ostermarsch im Landkreis Celle, auch an anderen Orten gab es Aktionen, so dass bundesweit von rund 20000 Teilnehmer_innen ausgegangen wurde. Im Nor-

den änderte sich vor allem eins, die Richtung des Sternmarsches (siehe Foto): Er begann am Gründonnerstag (30.03.) mit einer Kundgebung auf dem Straßendreieck vor dem Truppenübungsplatz. Die Teilnehmer_innen reisten mit Bussen an und marschierten dann von dort sternförmig nach Hamburg, Braunschweig, Hannover und Bremen. Die Hauptslologans waren: „Widerstand gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West“ sowie „Unser Nein zur Bombe = Unser Ja zur Demokratie“.

Die SPD-Mitglieder waren laut einer Meldung der HAZ vom 23.03.1961 vom Parteivorstand aufgefordert worden, nicht teilzunehmen. Die Zahl der Protestierenden war dennoch bei der Auftaktkundgebung mit rund 1000 leicht gegenüber dem Vorjahr gewachsen; den Marsch traten dann rund 300 Personen nach Hamburg an, während 150 Demonstranten am Samstagvormittag die Stadt Celle durchquerten – brav in den vorgeschriebenen Dreierreihen, ohne Transparente, aber mit vielen Plakaten und an der Spitze zwanzig schwarzen Fahnen.

Im Vorfeld hatten die Behörden vor allem davor gewarnt, dass „Antifaschistische Widerstandskämpfer der DDR“ mit Zügen anreisen wollten. Bundesdeutsche Behörden ließen verkünden, dies nicht zuzulassen und Demonstranten aus der DDR ggfs. verhaften zu wollen. Nichts dergleichen passierte (kurios ist vielleicht nur, dass die Niedersächsische Landesregierung ein halbes Jahr vor dem Mauerbau die Grenze ihrerseits mal dicht machte – zumindest für Demonstrant_innen).

Im Jahr 1962 erhöhte der Landkreis Celle den Auflagedruck auf die Ostermarschaktion. Der traditionelle Ort vor dem Eingang zum Truppenübungsplatz wurde nicht genehmigt, statt dessen musste die Auftaktkundgebung auf dem neu angelegten Parkplatz der Gedenkstätte Bergen-Belsen stattfinden. Der Hintergrund zeigt sich in einem Schreiben des Innenministeriums an die Regierungspräsidenten: „Der Vorbeimarsch und Aufenthalt vor Kasernen und Anlagen der Bundeswehr und der Stationierungstreitkräfte bitte ich nach Möglichkeit zu verhindern.“

Dagegen und gegen das erneute Verbot von Transparentparolen rufen die Anmelder dieses Mal das Verwaltungsgericht mit dem Antrag auf eine Einstweilige Anordnung an. Erneut war es die Parole „Ausbildung an Atomwaffen = Ausbildung zum Massenmord“, dazu „Verteidigung der Freiheit durch Mord?“ sowie „Auch Teste sind Mord“; das Verwaltungsgericht bestätigte die Auflagen.

Der zentrale Aufruf des Ostermarsches 1962 begann mit der Zeile:

WEDER „BEWAFFNETER FRIEDE“ NOCH „ATOMARE ABSCHRECKUNG“ WERDEN

den dritten Weltkrieg verhindern

doch DU - kannst es

Robert Jungk hatte einen kurzen Text für die Rückseite des Flugblattes verfasst, auf dem als Mitglieder des Kuratoriums des Ostermarsches u.a. aufgeführt werden: Hellmut Gollwitzer, Erich Kästner, Arno Klönne und Robert Scholl.

An der Auftaktkundgebung beteiligten sind rund 600 Personen, sie waren mit 12 Bussen aus Hamburg, Hannover und Bremen angereist; daneben zählte die Polizei 82 PKW. Die Cellesche Zeitung berichtete in einer kleinen Meldung unter der Überschrift „*Starker Osterverkehr*“ mit dem Satz: „*Besonders stark war der Verkehr am Sonnabend, als sich die Atomgegner ein Stelldichein in Bergen-Belsen gaben.*“ (24.04.1962)

Die Ostermarschbewegung dezentralisierte sich von da an. Die Zahl der Teilnehmer_innen bundesweit stieg bis 1964 auf den zwischenzeitlichen Höchststand von rund 100.000 Personen. Seitdem gehören die Ostermärsche in Deutschland zu einem festen „Ritual“, wobei ihre Wirk- und Mobilisierungskraft sehr daran gebunden ist, ob friedenspolitische Themen die Gesellschaft polarisieren.

(1) Vgl.: Andreas Buro: Die Friedensbewegung. - In: Roland Roth, Dieter Rucht (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/New York 272f.

(2) Der erste Ostermarsch (NDR vom 18.04.1995)
http://www.ndr.de/kultur/geschichte/ostermarsch2-magnifier_i-0_p-6.html; <http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/histo007.htm>

(3) Ostermarsch der Atomwaffengegner [Flugblatt Din A 5]; KrA Celle N 2, Nr. 3 (Ostermärsche der Atomwaffengegner 1960-1963).

(4) Andreas Buro: Initiativen – Vor 50 Jahren Ostermarsch in Aldermaston - siehe: URL: <http://www.friedenskooperative.de/ff/ff08/1-20.htm> (18.01.2010).

WEDER „BEWAFFNETER FRIEDE“ NOCH „ATOMARE ABSCHRECKUNG“ WERDEN

den dritten Weltkrieg verhindern



doch DU – kannst es! Du, der einzelne Mensch, der wach und verantwortungsvoll genug ist, um den Millionen Mitbürgern, die vor der unvergleichlich großen Gefahr einer atomaren Massenvernichtung die Augen schließen, zu zeigen, daß es in ihrer Mitte Pioniere einer menschlicheren, friedlicheren Zukunft gibt.

Denn DU hast viel mehr Bundesgenossen, als Du glaubst. Sie wissen oder spüren genau, daß die Bewahrung des Friedens durch Waffen, die schon so oft und so katastrophal versagte, wieder versagen würde. Aber sie wagen es nicht, offen für das einzutreten, was sie denken, oder sie wollen einfach „ihre Ruhe haben“. Und sie sind sich nicht klar darüber, daß sie so ihre Ruhe bald gründlich verlieren werden, ebenso wie ihren Wohlstand, ihre Gesundheit, wahrscheinlich sogar ihr Leben.

Das müßte nicht sein. „Jeder hat eine Chance“ behauptet die Broschüre der Behörden. Gewiß, aber die Chance ist endgültig vorbei, wenn erst die Atombomben fallen. Dann werden wir alle nur noch gehetzte Geschöpfe sein, die nach Unterschlupf, nach etwas nicht vergifteter Nahrung jagen.

Eine einigermaßen erfolgreiche Abwehr der Atomwaffen ist nicht mehr möglich, wenn der Krieg erst einmal begonnen hat. Daher nütze deine Chance heute und hier

Ostermarsch der Atomwaffengegner

WIDERSTAND GEGEN ATOMWAFFEN JEDER NATION IN OST UND WEST

Flugblatt aus dem Jahr 1962; oben rechts das Symbol der Bewegung hat seinen Ursprung in der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung (Campaign für Nuclear Disarmament); es leitet sich ab aus dem Winkelalphabet der Zeichen N (für „nuclear“ = atomar) und D (für „disarmament“ = Abrüstung).

PS.: Der Celler Rosa-Luxemburg-Club hatte in Kooperation mit der RLS Niedersachsen versucht, zum 50. Jahrestag der Ostermärsche eine überregionale Aktion in Bergen-Hohne zu initiieren. Die Resonanz aus der Friedensbewegung war „mager“; befürchtet wurde eine Konzentration auf eine „Erinnerungsveranstaltung“, die das sicherlich zentrale Thema „NATO-Krieg in Afghanistan“ überlagern könnte.



Kino 8 ½ im Februar & März

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



12. und 13. Februar

(500) DAYS OF SUMMER

Ein junger Mann schaut auf seine turbulente Beziehung mit einer schönen, eigenwilligen Frau zurück. Aus der Perspektive der männlichen Hauptfigur erzählt, geht es dabei weniger um eine klassische Liebesgeschichte als vielmehr um die Durchleuchtung der bittersüßen Gefühlsachterbahn, die der erklärte Romantiker während seines "Liebessommers" durchmacht. Der Film überzeugt durch seine guten Darsteller und die sorgfältige, einfallsreiche Inszenierung, die vom Split Screen bis zur Musical-Einlage die filmischen Mittel geschickt nutzt, ohne dass diese zum Selbstzweck geraten.

USA 2009, 95 Minuten

19. und 20. Februar

DER INFORMANT!

Ein leitender Angestellter eines großen Agrar-Konzerns in den USA macht in den 1990er-Jahren das FBI auf kriminelle Preisabsprachen seines Unternehmens aufmerksam und bietet sich als Informant an. Steven Soderbergh entwickelt aus diesem Stoff ein schillerndes, vorzüglich gespieltes Porträt, das Ansätze einer Agentenfilm-Parodie zeigt und auf einschlägige



"Corporate Crime"-Thriller verweist, dabei aber geschickt alle Genremuster unterläuft. Die elliptische Erzählweise, kontrapunktisch eingesetzte Stilmittel und Anachronismen verblüffen ebenso wie sie bestens unterhalten.

USA 2009, 108 Minuten

26. und 27. Februar

WHISKEY MIT WODKA

Während Dreharbeiten trifft ein lebenslustiger Schauspieler auf eine Filmpartnerin, die einst seine Geliebte war und nun die Frau des Regisseurs ist. Irritiert sucht er sein Heil im Alkohol, wodurch die Produktion in dem Star ein Risiko sieht und einen Ersatz-Darsteller engagiert, was wiederum zu Eifersüchteleien und Hahnenkämpfen führt. Melancholische Tragikomödie mit einem grandiosen Ensemble und punktgenauen Dialogen über die Vergänglichkeit von Träumen, große und kleine Lebenslügen sowie die Liebe zum Filmemachen.

Deutschland 2009, 104 Minuten

5. und 6. März

WHATEVER WORKS LIEBE SICH WER KANN

Ein alternder Misanthrop gerät an eine naive Landpomeranze, die sein Leben gründlich umkrepelt. Für ihn eröffnet sich im Schmelztiegel New York eine unerwartete Chance auf Glück. Zurückhaltend inszenierte und ganz auf temporeichen Dialogwitz sowie lustvoll überzeichnete Charaktere setzende Komödie von Woody Allen, der im Rekurs auf seine Klassiker wie "Der Stadtneurotiker" beim Streifzug durch den urbanen Gefühlsdschungel den Pessimismus seiner Hauptfigur auf die Schippe nimmt und in der pragmatisch-positiven Philosophie des "Whatever Works" auflöst.

USA 2009, 92 Minuten

12. und 13. März

WENDY UND LUCY

Eine junge Frau strandet auf ihrem Weg nach Alaska in einer Stadt in Oregon. Als sie wegen Ladendiebstahls verhaftet wird, geht ihre geliebte Hündin verloren, und sie beginnt, wieder auf freiem Fuß, eine verzweifelte Suche. Ein leises Drama, dessen zurückhaltende Inszenierung weder um Mitleid für ihre Figur buhlt noch aufdringlich als sozialer Appell daherkommt. Vielmehr entwirft der meisterlich inszenierte Film glaubwürdig und intensiv die Tragödie einer Frau, die aus sozialen und zwischenmenschlichen Netzen herauszufallen droht. Indirekt wirft er dabei auch Fragen nach gegenseitiger Verantwortung auf. (O.m.U.) - Regie: Kelly Reichardt

USA 2009, 80 Minuten

19. und 20. März

BRAND UPON THE BRAIN

Ein Mann kehrt nach mehr als 30 Jahren auf die Insel zurück, auf der er als Kind aufwuchs, und taucht in eine von unheimlich-rätselhaften Ereignissen überschattete Vergangenheit ein. In grobkörnigen Schwarz-Weiß-Bildern, mit bewegter Kamera und rasanter Montage entwirft der Film eine grotesk-gruselige Reise in ein Reich pubertärer Fantasien. (O.m.U.) - Kanada 2006, 95 Minuten

Politische Termine in und um Celle

Fr., 12. Februar, 20.00

ABFLUG – Theater zwischen den Welten

Aufführung des Theaterhofs Priessenthal zum Themenfeld Flüchtlinge in Deutschland (s. S. 24-25)

Veranst.: AK Ausländer / Ev.-luth. Kkirchenkreis Celle

CD-Kaserne, E.: 10,00 AK (erm. 5,00)

Sa., 13. Februar



Mi., 17. Februar, 19.30

Das Baskenland - Geschichte und Gegenwart eines politischen Konflikts

Vortrag von Ingo Niebel, Buchautor und Journalist

Erpressung, Terror, Autobomben oder "Euskadi Ta Askatasuna" ("Baskenland und Freiheit") sind die Begriffe, die politisch Interessierte je nach Standpunkt mit der Abkürzung ETA und dem Baskenland verbinden. Niebel hat zuletzt in seinem Buch „Das Baskenland“ den aktuellen - nicht erklärten - „Ausnahmestand“ untersucht. Er wird in der Veranstaltung die einzelnen Akteure vorstellen und die Hindernisse aufzeigen, die den Weg zu einer Verhandlungslösung versperren.

Veranstalter: RLS Nds. in Koop. mit dem Rosa-Luxemburg-Club Celle

Buntes Haus; Eintritt: frei

Do., 25. Februar, 19.00

Sind unsere Sozialsysteme noch zu retten?

Referent: Werner Rätz, er ist Gründungsmitglied von attac und Mitglied im attac-Rat

Veranstalter: attac in Koop. mit RLS Nds. und Rosa-Luxemburg-Club Celle

Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

Di., 9. März, 19.00

Albrecht Goes – ein Chassid Martin Bubers

Über den Schriftsteller Albrecht Goes („Brandopfer“), der die Shoah im kulturellen Gedächtnis verankerte und das Verständnis von ‚Trauer und Scham‘ begründete, referiert Helmut Zwanger, Tübingen.

Synagoge, Im Kreise, E.: frei

Di., 16. März, 20.00

Filmabend: Hühner in Afrika

In Wietze soll eine Hähnchen-Großschlachtenanlage entstehen – der Dokumentarfilm berichtet über die Folgen der Agrarindustrie.

attac Celle

Kino 8 ½, E.: frei

Do., 18. März, 19.00

„Deutsche Eiche made in China - Die Globalisierung am Beispiel eines deutschen Dorfes“ - Autorenlesung mit Klaus Brill

Die Globalisierung lässt sich im kleinen Maßstab am besten verstehen: lebensnah, konkret, menschlich. Am Beispiel eines typischen deutschen Dorfes zeigt Klaus Brill, langjähriger Auslandskorrespondent der »Süddeutschen Zeitung«, die »Globalisierung im Kleinen«.

Bomann-Museum

Mo., 22. März, 20.00

U-30 Redaktion für die revista ...

... darüber diskutieren wir im Bunten Haus mit Interessierten.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 29.03.2010



Gedenkstätte Bergen-Belsen

So., 21. Februar 2010 | 11.00 Uhr

Zwischen Hoffnung und Verzweiflung - Bilder und Dokumente zur Geschichte der Kaszner-Gruppe im Konzentrationslager Bergen-Belsen vorgestellt von Dr. Thomas Rahe und Christian Wolpers

So., 7. März 2010 | 11.00 Uhr

Film und Gespräch mit dem Regisseur Rolf Schübel // "Gloomy Sunday" - Ein Lied von Liebe und Tod

Ein erfolgreicher Industrieller aus Deutschland feiert seinen 80. Geburtstag - in eben jenem Budapester Lokal, das er vor und im Zweiten Weltkrieg oft besucht hatte. Damals hatte er einen lukrativen Handel mit Ausreisepapieren für Juden getrieben.

Samstag, 13. März, 9.30 – 17.00

Kommunalpolitik und Rechtsextremismus

Strategien gegen Nazis auf lokaler Ebene“

Zu diesem Tagesseminar von DGB in Koop. mit der Friedrich-Ebert-Stiftung sind als Referent_innen u.a. eingeladen: Andreas Speit (Journalist), Olaf Meyer (VVN-BdA), Reinhard Koch (ARUG) u.a.

in der HVHS Hustedt

Das genauere Programm gibt es ab Mitte Februar beim DGB Celle.

Kunst & Kultur

Sa., 6. Februar, 23.00

Analoque Boutique vs. Tonreflex

CD-Kaserne, AK 5,00

Fr., 12. Februar, 20.00

Abflug

Theater gegen Abschiebung

CD-Kaserne, AK 10,00 / VVK 8,90

Fr., 19. Februar, 21.00

The What

Coverband „The Who“

CD-Kaserne, AK 13,00 / VVK 11,90

Sa., 20. Februar, 20.00

Sweetie Glitter

Glamrock-Show

CD-Kaserne, AK 19,00 / VVK 16,90

Mo., 22. Februar, 19.00

Valeriya Shishkova

singt sowohl traditionelle jiddische Lieder als auch Kompositionen nach Texten klassischer und moderner jiddischer Autoren. Aber was die Sängerin besonders macht und was sie von anderen jüdischen Sängern unterscheidet, ist, dass sie eigene Kompositionen nach Gedichten der modernen israelischen Dichter Lev Berinsky und Michael Felsenbaum vorträgt.

Synagoge, Im Kreise, E.: 10,00

Fr., 26. Februar, 21.00

Kick it like Falco

Falco Tribute Show

CD-Kaserne, AK 17,00 / VVK 13,90

Fr., 26. Februar, 21.00

Open Stage

Session Abend der CRI

CD-Kaserne, CRI-Räume

Sa., 27. Februar, 21.00

Just a Rock-Party

Alternative-Rock-Party

CD-Kaserne, AK 3,00

Fr., 05. März, 21.00

Voodoo Lounge

Rolling Stones Cover-Show

CD-Kaserne, AK 13,00 / VVK 11,90

Fr., 5. März, 19.00

Session

Mit Musiker der Kreismusikschule Celle und Special Guest: Britta Rex

Kunst & Bühne Nordwall; E: frei

Sa., 06. März, 19.30

Celle Rock City – Warm Up

Live Heavy Metal Party

CD-Kaserne, AK 5,00

Fr., 12. März, 21.00

Freedom – The Party

CD-Kaserne, AK 3,00

Fr., 26. März, 21.00

Open Stage der CRI

CD-Kaserne, CRI-Räume

Ausstellung - Die Jeckes

Die Ausstellung „Die Jeckes. Die deutschsprachigen Juden in Israel“ beleuchtet einen Aspekt jüdischer Migrationsgeschichte, der in der deutschen Öffentlichkeit bisher kaum wahrgenommen wurde. Die Ausstellung beschäftigt sich damit, welche Impulse die jüdischen Auswanderer aus dem deutschsprachigen Kulturkreis ihrem gesellschaftlichen Umfeld im Exil gaben – noch bis zum 30.04.2010

Öffnungszeiten: Di - Do 10 - 17 Uhr, Fr 9 - 16 Uhr, So 10 - 17 Uhr // Eintritt frei

Anzeige

THUN-Holzbetten+ "KATTUN"-Kaltschaummatratzen.

Seit 25 Jahren beste Qualität aus der Region. Z.B. Bett Nr. 842 Buche 200x140cm ab €405,-, "KATTUN"-Matratze TypII 200x140cm für €433,-. Aufbau-+Lieferservice.

Tel 05141-31247
www.kattuncelle.de

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 20.00 Uhr im Weltladen (Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr
Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

sic! - sozial in cello

Erwerbslosenberatung
Je. Do. 14.30 - 17.00 Uhr
Neustadt 23

Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

Je. 2. Di. im Monat, 20.00 Uhr
– ver.di-Büro, Wasserturm

... im Bunten Haus:

Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Plenum

jeden Do., 19 Uhr

Info-Café:

je. 1. + 3. Mi. im Mo., 19 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

inhaltliches Hausplenum

je. 2. + 4. Mi., 19 Uhr

Volxküche

jeden So., 18 Uhr

Kneipe

jeden Mo. 20 Uhr

Infoladen

jeden Mo. 19-21 Uhr